

# E+Z

ENTWICKLUNG UND  
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND  
COOPERATION

D+C

Internationale  
Zeitschrift

ISSN  
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2024 11

## ECOWAS

Was der westafrikanische  
Staatenbund aus der  
EU-Historie lernen kann

## STAATSSCHULDEN

Sambias langsamer Weg  
zur Umstrukturierung der  
Schuldenlast

## RECHTSSTAATLICHKEIT

Pakistans Regierung  
hat den Obersten  
Gerichtshof entmachtet



# Koloniales Erbe

## Editorial

- 3 **KATHARINA WILHELM OTIENO**  
Weil die Gegenwart Ergebnis der Vergangenheit ist, tragen ehemalige Kolonialmächte nach wie vor Verantwortung

## Magazin

- 4 **ERIC TEVOEDJRE**  
Der Integrationsprozess der EU kann als Vorbild für ECOWAS dienen
- 6 **BEAULAH N. CHOMBO UND CHARLES CHINANDA**  
Sambia befreit sich langsam, aber stetig aus der Schuldenfalle
- 8 **INTERVIEW MIT RAVI KHETARPAL**  
Ein neues Konsortium will der Agrarforschung von Entwicklungsländern mehr Einfluss verschaffen
- 10 **JAVIER A. CISTERNA FIGUEROA**  
Flächenbrände zerstören Lateinamerikas Ökosysteme
- 12 **ANDREINA SÁNCHEZ DESCHAMPS**  
Was dominikanischen Unternehmerinnen zu mehr Selbstvertrauen verhilft
- 14 **ROLI MAHAJAN / IMPRESSUM**  
Heutzutage: Kochbuch klärt über Kastenzugehörigkeit auf

## Debatte

- 16 **RUKAMANEE MAHARJAN**  
Wichtige Lektionen aus Nepals jüngsten Extremwetterereignissen

- 17 **IMRAN MUKHTAR**  
Wie Pakistans Justiz zahnlos gemacht wurde

- 18 **GEORG SCHÄFER**  
Das Handelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur sollte nicht gestoppt, sondern verbessert werden

## Schwerpunkt: Koloniales Erbe

- 21 **BOB KOIGI**  
Auch der arabische Sklavenhandel führte zu großem Leid in Afrika
- 23 **BABA G. JALLOW**  
Großbritannien und Frankreich unterdrückten Westafrika gleichermaßen
- 25 **LAWRENCE KILIMWIKO**  
Entschuldigungen für Kolonialverbrechen reichen nicht
- 26 **JÖRG DÖBEREINER**  
Entwicklungssoziologe Henning Melber beleuchtet weitreichende Auswirkungen des deutschen Kolonialismus
- 29 **ANDRÉ DE MELLO E SOUZA**  
Koloniale Einflüsse führen bis heute in Brasilien zu Rassismus und Umweltzerstörung
- 31 **MUHAMMAD NAWFAL SALEEMI**  
Institutionen des British Empire prägen Pakistan weiterhin
- 33 **HANS DEMBOWSKI**  
Opiumkriege machten das chinesische Kaiserreich zum gescheiterten Staat – und die britische Kolonialmacht reich

### SCHWERPUNKT

## Koloniales Erbe


Der Wohlstand vieler Industriestaaten entstand durch koloniale Ausbeutung, während in ehemals unterdrückten Regionen die Folgen des Kolonialismus fortwirken. Die Weltlage zeigt, dass Stabilität und Zusammenarbeit noch immer keinen Bestand haben. Ehemalige Kolonialmächte müssen deshalb auch heute Verantwortung für die Vergangenheit übernehmen – nicht zuletzt durch Entwicklungspolitik, die nicht auf Abhängigkeiten beruht.

**Titelseite:** Entfernung der Statue des deutschen Kolonialherren Curt von François von ihrem Platz in Windhuk, Namibia, 2022.

**Foto:** picture alliance/dpa/Lisa Ossenbrink





 **Unser Schwerpunkt zum Thema Koloniales Erbe beginnt auf Seite 20. Er hat direkten Bezug zum 16. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen.**

## Kein Ende der Geschichte

Die Gegenwart ist das Ergebnis der Vergangenheit. Überall auf der Welt prägt die Geschichte heutige Gesellschaften.

In einem Teil der Welt führten eine Reihe technischer Innovationen zu Wohlstand, aber auch brutaleren Kriegen. Prosperierende Nationen zogen aus dem Zweiten Weltkrieg Lehren und erreichten jahrzehntelange Stabilität und Demokratie. Manche sprachen später vom „Ende der Geschichte“, denn nun würden Vernunft und multilaterale Zusammenarbeit weltweit gutes Leben ermöglichen.

Das ist vorbei. Die Geschichte geht weiter, wie neue Kriege, eine kaum noch aufzuhaltende Klimakrise und offene Demokratiefeinde in Regierungen und Parlamenten von Ländern mit hohen Durchschnittseinkommen zeigen.

In weniger wohlhabenden Weltgegenden ist längst klar, dass die Gegenwart nicht das glückliche Ende bisheriger Erfahrungen ist. Dort sah die Vergangenheit anders aus, denn koloniale Unterdrückung, Ausbeutung und Unfreiheit prägten die Geschichte Afrikas, Lateinamerikas und Asiens bis weit ins 20. Jahrhundert hinein.

Dabei sind die Vergangenheiten – und somit auch die Gegenwart – von ehemaligen Kolonien und Imperialmächten untrennbar

verbunden. Der Wohlstand der Letzteren entstand zu erheblichen Teilen auf dem Rücken der Ersteren.

Im Zuge des Imperialismus unterwarf Europa weite Teile der Welt. Selbst die USA sind das Produkt imperialer Bestrebungen Europas und der gnadenlosen Unterwerfung der amerikanischen Indigenen – was dort heute gern vergessen wird.

Ignoriert wird allerdings auch bisweilen, dass längst nicht nur westliche Mächte große Reiche schufen. Dass sich der imperiale Gedanke in Russland bis heute hält, zeigt der Angriffskrieg gegen die Ukraine. Das Osmanische Reich war eine muslimische Kolonialmacht. Und Sklavenhandel fand nicht nur über den Atlantik, sondern auch in Richtung Arabien statt.

In jedem Fall gingen Kolonialmächte davon aus, mehr zu wissen, fortgeschrittener und bedeutender zu sein als jedes unterjochte Gebiet. Chancen, von jahrhundertalten Praktiken und Wissensschätzen der unterworfenen Kulturen zu lernen, wurden verpasst.

Vielerorts tragen die ehemaligen Kolonialmächte eine erhebliche Mitschuld an eklatanten Missständen der Gegenwart. In Brasilien und den USA sind tiefe soziale Gräben, struktureller Rassismus und rück-

sichtsloser Umgang mit Naturressourcen Erbe kolonialer Systeme.

Heute haben auch die Schuldenkrisen vieler Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen oft mit hastiger und unvollständiger Dekolonisierung zu tun. Während europäische Staaten daheim Korruption tendenziell bekämpften, einigermaßen integrierte Verwaltungen schufen und Gesetze vergleichsweise konsequent anwendeten, arbeiteten sie in den Kolonien mit Schmiergeld und Klüngelei, aber ohne einheitliche Rechtsstandards.

Nach ihrem Abzug ging es häufig ähnlich weiter, wobei Amtstragende sich über Staatsschulden keine Sorgen machten, aber allzu oft bereit blieben, ausländischen Machthabern zuzuarbeiten, wenn sich das für sie persönlich auszahlte. Richtig ist also, dass viele, aber nicht alle Probleme mit Fehlverhalten europäischer Mächte zu erklären sind. Bassirou Diomaye Faye, der 2024 gewählte, linksgerichtete junge Präsident Senegals, und andere sprechen denn auch von der Notwendigkeit einer „zweiten Befreiung“.

Dennoch haben ehemalige Kolonialmächte eine besondere Verantwortung. Sie werden ihr nicht gerecht, wenn sie:

- rücksichtslos Rohstoffe ehemals abhängiger Gebiete ausbeuten,
- ehemalige Kolonien mit Schuldenbergen oder Klimafolgen, die vor allem Länder mit hohem Einkommen verursacht haben, alleinlassen,
- geraubte Kunstwerke und menschliche Gebeine nicht zurückgeben oder
- sich Reparationszahlungen für begangene Verbrechen verschließen.

Kritische Stimmen behaupten, Entwicklungspolitik trage kolonialistische Züge. Darin steckt Wahrheit, wie die herablassende Unterscheidung zwischen Gebern und Empfängern zeigt.

Oft steht die Politik von Geberstaaten echter Zusammenarbeit im Weg, verstetigt aber Abhängigkeiten. Echte Zusammenarbeit geschieht auf Augenhöhe – und sie erfordert internationale Regeln, die nicht nur die Position der jeweils Stärkeren untermauern, sondern für alle funktionieren.



**KATHARINA WILHELM OTIENO**  
ist Redakteurin bei E+Z/D+C.  
[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

## REGIONALE INTEGRATION

# Was ECOWAS von EU lernen kann

**Die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) steckt in einer Krise. Sie soll die wirtschaftliche Integration ihrer Mitglieder fördern, indem sie Hürden abbaut und regionale Industrialisierung vorantreibt. Der Integrationsprozess der Europäischen Union kann Hinweise darauf geben, wie das gelingen kann.**

Von Eric Tevoedjre

Länder treten wirtschaftlichen Blöcken bei oder gründen sie, um den Handel zwischen ihnen zu fördern und den Wohlstand ihrer Bevölkerung zu steigern. 1962 veröffentlichte der ungarische Wirtschaftswissenschaftler Béla Balassa mit „The Theory of Economic Integration“ ein wegweisendes Buch zu diesem Thema. Mehrere internationale Wirtschaftsgemeinschaften folgten einem Integrationspfad, der den von Balassa skizzierten Phasen entspricht. Dazu gehören die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), aus der 1993 die Europäische Union (EU) hervorging, und afrikanische Regionalgruppen wie die ECOWAS.

Balassa definiert die Integration als einen fünfstufigen Prozess. Jede Stufe steht für eine tiefere Ebene der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, beginnend mit einer Freihandelszone, in der die Länder die Einfuhrzölle für die Mitglieder der Zone senken, bis hin zur vollständigen wirtschaftlichen Integration, wobei Mitgliedsländer ihre Politik vereinheitlichen und eine supranationale Behörde einrichten.

Die ECOWAS wurde am 28. Mai 1975 in Lagos in Nigeria gegründet. Sie ist eine von acht regionalen afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaften, die von der Afrikanischen Union (AU) anerkannt sind. Die ECOWAS fördert – teils nach Vorbild der EU – den freien Verkehr von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen zwischen ihren Mitgliedsstaaten.

Heute steckt die ECOWAS in einer Krise und steht unter Reformdruck. Im Januar kündigten Burkina Faso, Mali und Niger ihren Austritt an. Sie waren unzufrieden mit der Reaktion der ECOWAS auf die Putsche

in ihren Ländern und gründeten ihren eigenen Block, die Allianz der Sahelstaaten. Viele fragen sich seither: Kann die ECOWAS überleben? Ein Blick auf den europäischen Integrationsprozess könnte Aufschluss über ihre Zukunft geben.

Sowohl ECOWAS als auch EU sind bestrebt, die Wirtschafts- und Handelspolitik innerhalb ihrer Regionen zu harmonisieren und so Zusammenarbeit und Stabilität zu verbessern. Beide verfügen über supranationale Strukturen. Dennoch gibt es wesentliche Unterschiede, die auf ihre Ursprünge zurückzuführen sind. Die EWG wurde mit nur sechs Mitgliedern gegründet, bei der ECOWAS waren es 15. Außerdem ging die EWG aus einer regionalen Industrieinitiative, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), hervor.

## DIE SCHUMAN-ERKLÄRUNG

Die Idee der EGKS wurde vom damaligen französischen Außenminister Robert Schuman in einer Rede am 9. Mai 1950 vorgestellt. Unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs zielte die sogenannte Schuman-Erklärung darauf ab, eine wirtschaftliche Interdependenz zwischen den europäischen Ländern zu schaffen, um künftige Konflikte zu verhindern. Indem die Kohle- und Stahlindustrien Frankreichs, Deutschlands, Italiens,

der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs unter eine gemeinsame Verwaltung gestellt wurden, konnte keines dieser Länder mehr Waffen für einen Krieg gegen die anderen produzieren. Schumans Plan ging auf: Seit ihrem Beitritt zur EGKS – und später zur EU – hat es keinen einzigen Krieg zwischen den Mitgliedsstaaten gegeben.

Nach dem Inkrafttreten der EGKS im Jahr 1952 wurden auch die von Kohle und Stahl abhängigen Industriezweige wie das verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe stärker miteinander vernetzt. Die europäischen Regierungen und Unternehmen erkannten die Vorteile einer umfassenderen Zusammenarbeit, und die Integration gewann an Dynamik, weil sie den wachsenden wirtschaftlichen Anforderungen entsprach. Schumans Strategie ebnete den Weg für die weitere wirtschaftliche Integration, einschließlich der 1958 ins Leben gerufenen EWG und schließlich der EU im Jahr 1993.

Verglichen mit ECOWAS ist all dies aus mindestens drei Gründen wichtig. Erstens war es mit nur sechs Mitgliedern viel leichter, das Integrationsziel zu erreichen, als die Interessen von 15 Ländern zu harmonisieren. Zweitens wurde die europäische Integration in den 1950er-Jahren durch spezifische, messbare Ziele vorangetrieben. So heißt es in der Präambel des EGKS-Vertrags, dass „Europa nur durch konkrete Leistungen, die zunächst eine tatsächliche Verbundenheit schaffen, (...) aufgebaut werden“ könne.

Drittens verfügten die europäischen Gründungsländer über den Willen und die Mittel, das Projekt zum Laufen zu bringen, indem sie Ressourcen wie Kohle und Stahl beisteuerten. Im Gegensatz dazu beruhte

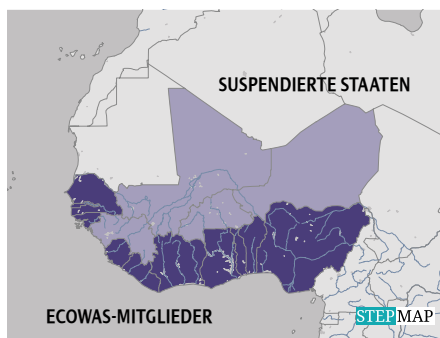


**Gestrandete Lastwagen: Als Reaktion auf den Staatsstreich in Niger schließen die ECOWAS-Mitglieder 2023 die Grenzen zu dem Land.**

die ECOWAS-Mitgliedschaft auf Geografie, nicht auf Engagement. Die Länder wurden Mitglieder, weil sie in Westafrika lagen. Es gab nie eine mit der EGKS vergleichbare westafrikanische Industrieinitiative.

Trotz ihres Reichtums an natürlichen und menschlichen Ressourcen ist es den ECOWAS-Mitgliedsstaaten nicht gelungen, groß angelegte Industrieprojekte zu entwickeln und umzusetzen, um lokale Rohstoffe zu verarbeiten und langlebige Güter zu produzieren. Das Handelsvolumen zwischen den ECOWAS-Ländern ist sehr gering. Auf den Handel innerhalb der Gruppe entfallen gerade einmal 11,5 Prozent der Gesamtexporte des Blocks, verglichen mit 62,6 Prozent in der EU. Die ECOWAS-Vision 2050, eine 2022 eingeführte Strategie, soll eine vollständig integrierte Gemeinschaft schaffen, doch die Region bleibt fragmentiert.

Die vielleicht bemerkenswerteste Errungenschaft der ECOWAS ist bis heute das im Mai 1979 verabschiedete „Protocol relating to the Free Movement of Persons, Residence and Establishment“. Bei der Umsetzung gibt es jedoch noch viele Lücken.



Nichttarifäre Hemmnisse wie Zollverfahren, Straßensperren und administrative Hürden behindern weiterhin den freien Handel, und schlechte Infrastruktur schadet Transport und Logistik erheblich. Grenzschießungen zwischen ECOWAS-Ländern unterbrechen den informellen grenzüberschreitenden Handel, der für Millionen Menschen, die zum Beispiel entlang des Korridors Abidjan-Lagos arbeiten, lebenswichtig ist.

Der EU-Integrationsprozess zeigt, dass Länder regionalen Blöcken beitreten und sich weiter integrieren, weil die Vorteile die

Kosten überwiegen. Dazu gehören Größenvorteile, geringere Handelsschranken und größere politische Stabilität. Die ECOWAS sollte sich diese Aspekte zu eigen machen, um gestärkt aus ihrer Krise hervorzugehen. Wie die EGKS sollte sie sich auf spezifische Ziele einigen, um die regionale Industrialisierung voranzutreiben. Dies würde die wirtschaftliche und politische Integration fördern. Die Automobilindustrie ist ein besonders vielversprechender Sektor für eine solche Zusammenarbeit (siehe Kasten).

**LINK**

**ECOWAS Vision 2050:**

<https://www.informe.org/en/content/legislation/ecowas-vision-2050-ecowas-peoples-peace-and-prosperity-all>



**ERIC TEVOEDJRE**

ist ein Politikwissenschaftler aus Benin. Er forscht zu regionaler Integration in Afrika, speziell der ECOWAS-

Region.

[erictve@gmail.com](mailto:erictve@gmail.com)

## Regionale Industrialisierung

Die kriselnde ECOWAS könnte viel mehr für die Volkswirtschaften ihrer Mitgliedsländer tun (siehe Haupttext). In ihrem Buch „Borderless Africa“ argumentieren Francis Mangeni und Andrew Mold, dass der afrikanische Markt stark fragmentiert ist. Sie betonen, der Zweck der regionalen Integration müsse darin bestehen, den Zwängen eines kleinen Inlandsmarkts zu entkommen. Marktgröße sei ein wichtiger Faktor dafür, genügend Anlageinvestitionen anzuziehen.

Marktgröße ist tatsächlich wichtig, da große regionale Blöcke Skaleneffekte schaffen können. Die Automobilindustrie eignet sich dabei besonders gut für Industrieprojekte innerhalb der ECOWAS. Die

Entwicklung regionaler Wertschöpfungsketten in dieser Branche wird die Integration in der gesamten Region beschleunigen und qualifizierte Arbeitsplätze schaffen. Auch in anderen Sektoren, wie dem Dienstleistungssektor, werden neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen. Die Spezialisierung auf die Herstellung von Fahrzeugkomponenten wie Belüftungssystemen, Bremsen oder Flüssigkeiten könnte westafrikanische Volkswirtschaften stärker miteinander verflechten und untereinander ergänzen.

Der Aufbau einer regionalen Wertschöpfungskette im Automobilssektor ist vor allem deshalb sinnvoll, weil es in zwei westafrikanischen Ländern, Ghana und Nigeria, bereits

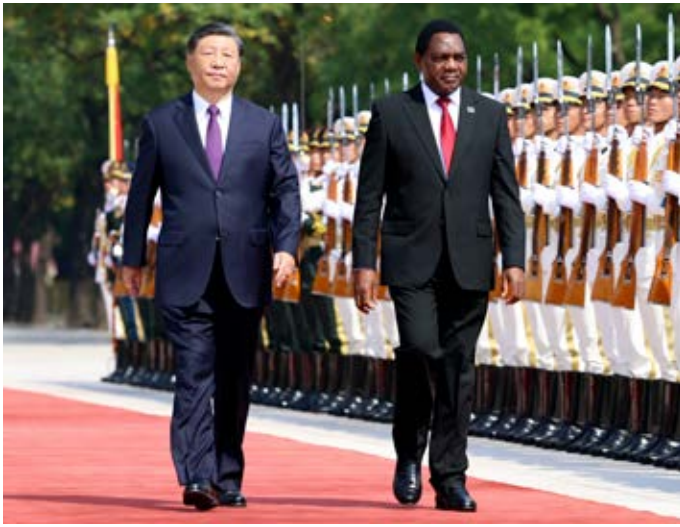
eine Automobilindustrie gibt. Unternehmen wie Kantanka in Ghana und Innoson in Nigeria stellen sowohl konventionelle als auch elektrische Fahrzeuge her und könnten potenziell in die Nachbarländer expandieren. So kaufte die Regierung von Sierra Leone 2022 eine Flotte von Innoson-Fahrzeugen für ihre Armee.

Die westafrikanische Autoindustrie steht vor mehreren Herausforderungen, darunter eine schlechte Verkehrsinfrastruktur, unzuverlässige Energieversorgung und starke Konkurrenz durch ausländische Gebrauchtwagen. Dennoch wächst offenbar die regionale Nachfrage nach Autos aus Ghana und Nigeria – wenn auch noch relativ gering. Diese Fahrzeuge sind inzwischen auch in anderen westafrikanischen Ländern wie Mali und Liberia zu finden.

Ende 2018 führte die ECOWAS ein Regelwerk für die Automobilindustrie ein, um „die Automobilindustrie in der Region durch den Aufbau von Kapazitäten (...) für die Fahrzeugmontage, -produktion und -vermarktung zu fördern“. Diese Initiative ist vielversprechend. Leider hat sie trotz ihres Potenzials für die Entwicklung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und eine stärkere regionale Integration kaum finanzielle Unterstützung von regionalen Entscheider\*innen erhalten. ET

**LITERATUR**

Mangeni, F., und Mold, A., 2024: **Borderless Africa: A Sceptic's Guide to the Continental Free Trade Area.** Hurst, London. <https://africanarguments.org/2024/05/towards-a-borderless-africa-how-the-afcta-is-changing-the-narrative-on-continental-integration/>



**Die Präsidenten Xi Jinping und Hakainde Hichilema in Peking im September 2023.**

STAATSSCHULDEN

## Langsamer, aber stetiger Fortschritt

**Vor rund vier Jahren wurde Sambia zahlungsunfähig. Nun befreit sich das ressourcenreiche Land langsam aus der Schuldenfalle. Verhandlungen über Umstrukturierung verlaufen zäh, und noch sind nicht alle Ziele erreicht. Vor allem die unterschiedlichen Gläubigerinteressen bereiten der Regierung Schwierigkeiten.**

**Von Beaulah N. Chombo und Charles Chinanda**

Im Juni 2024 teilte Sambias Finanzministerium mit, mehr als 90 Prozent der Inhaber ausstehender internationaler Anleihen hätten einem Restrukturierungsvorschlag zugestimmt. Die Anleihen haben einen Nennwert von 3 Milliarden Dollar. Das Abkommen war ein wichtiger Schritt zur dringend nötigen Umstrukturierung der Schulden.

Sambias Staatsschulden belaufen sich auf etwa 27 Milliarden Dollar. Das schließt Schuldendienste ein, die in den letzten vier Jahren nicht geleistet wurden. Der Schuldenberg resultiert zum Teil aus staatlicher Misswirtschaft, gewachsen ist er aber auch wegen globaler Entwicklungen wie

der Klimakrise oder der Coronapandemie. Während Letzterer brach nicht nur die Binnenwirtschaft ein, sondern auch der Weltmarkt – und damit auch der Kupferpreis. Kupfer ist Sambias wichtigstes Exportgut. Wegen des niedrigen Preises hatte Sambia ausgerechnet dann kaum Einnahmen, als Geld besonders nötig war. Laut Internationalem Währungsfonds (IWF) haben sich die Schuldenprobleme vieler Länder ähnlich verschärft.

Der Weg zur Schuldenreduktion ist wegen unterschiedlicher Interessen der verschiedenen Geberinstitutionen langwierig und mühsam. Die Interessen gehen so weit auseinander, dass der Common Framework for Debt Treatment der G20 nicht richtig funktionieren konnte (siehe Kasten). Beteiligt sind:

- internationale Finanzinstitutionen wie der IWF und die Weltbank,
- bilaterale Institutionen aus Ländern mit hohem Einkommen, die dem Pariser Club der langjährigen Gläubiger angehören,
- bilaterale Institutionen aus China und anderen Schwellenländern, die nicht dem Pariser Club angehören, und
- private Anleger\*innen.

Obendrein muss sich Sambias Regierung noch mit den Geschäftsbanken einigen, denen sie Geld schuldet. Das könnte wieder schwierig werden, zumal diese Banken in verschiedenen Ländern mit unterschiedlichen politischen Kulturen sitzen. Auch andernorts zeigt sich, dass es heute sehr viel schwerer als zur Jahrtausendwende ist, sich auf Umstrukturierungen zu einigen. Sri Lanka ist ein prominentes Beispiel.

Mit der Zahlungsunfähigkeit des Staats rutschte Sambias Wirtschaft im November 2020 in eine tiefe Krise. Der Schuldenberg wuchs, weil die Zahlungsrückstände größer wurden. Ohne Umstrukturierung konnte die Volkswirtschaft nicht wieder in Schwung kommen.

### PRÄSIDENT HICHELEMAS WICHTIGSTE AUFGABE

Im August 2021 wurde Hakainde Hichilema Präsident. Sein Hauptziel war von Anfang an, bessere Bedingungen für Sambias Schuldendienst zu sichern und die Schuldenlast zu senken. Unterstützt wurde er vom IWF: Im August 2022 bewilligte dieser einen Notkredit in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar. Das führte zwar zunächst zu neuen Schulden und erzwang neue Sparmaßnahmen, aber es ermöglichte Sambia, dringend nötige Reformen umzusetzen. Außerdem konnte die Regierung mit einigen Gläubigern einen Plan zur Umstrukturierung vereinbaren, was allerdings fast ein Jahr dauerte. Zu den Gläubigern gehören:

- multilaterale Institutionen wie der IWF,
- bilaterale Geber wie die USA und EU-Länder, die dem Pariser Club angehören, sowie
- bilaterale Institutionen aus Schwellenländern.

Sambia schuldete diesen Gläubigern jedoch nur 6,3 Milliarden Dollar. Die Vereinbarung dehnt die Rückzahlung auf 20 Jahre aus und startet mit einer Schonfrist. Statt 6,3 Milliarden Dollar in zehn Jahren zu erstatten, muss Sambia in dieser Zeit nur noch 750 Millionen Dollar Schuldendienst leisten, also im Schnitt 75 Millionen pro Jahr.

Das Abkommen sieht keinen Schuldenerlass wie vor zwei Jahrzehnten vor. Es verschiebt aber Schuldentilgungen und senkt die Zinssätze. Offen bleibt, was nach den zehn Jahren geschieht. Alle Beteiligten hoffen, dass das Wachstum so stark anzieht,

dass Sambia die Schuldenlast langfristig tragen kann. Falls es besser als erwartet läuft, sollen die Zinssätze sogar wieder steigen – um wie viel, ist noch unklar. Das könnte dann aber das Wachstum wieder abdröseln.

Kaum war das Abkommen geschlossen, kündigte sich im November 2023 der erste Rückschlag an, denn wichtige bilaterale Gläubiger – Hichilemas Regierung wollte sie noch überzeugen – stellten sich quer. Vor allem chinesische Institutionen klagten, private Gläubiger würden bevorzugt, und forderten fairere Lastenverteilung.

Sambias Regierung brauchte also einen neuen Kompromiss, um alle Parteien zufriedenzustellen. Beamte besuchten also Anfang 2024 Gläubigerinstitutionen in China. Darunter waren die Export-Import Bank of China sowie chinesische Geschäftsbanken. Daraufhin konnte Präsident Hichilema im Februar ankündigen, dass China und Indien nun Absichtserklärungen (MOUs – memorandums of understanding) zur Umstrukturierung mittragen. Die letzten beiden bilateralen Gläubiger waren nun an Bord.

Danach ging es schneller. Schon im Sommer wurde ein Abkommen mit den Eurobond-Anlegern geschlossen, das den Anforderungen aller staatlichen Gläubiger entspricht. Die Rückzahlungsfrist wurde um acht bis fünfzehn Jahre verlängert. Im Gegensatz zu den multilateralen und bilateralen Gläubigern haben die privaten Anleger\*innen einen „Haircut“ von etwa 25 Prozent akzeptiert. So nennt die Fachwelt die vereinbarte Nominalwertminderung einer Anleihe. Der Deal wurde akzeptiert, weil die Privatinvestor\*innen höhere Zinssätze

## Kalter Krieg im G20-Rahmen

Ende der 1990er-Jahre lernten westliche Geberregierungen eine Lektion: Schuldenerlasse wurden unverzichtbar, weil hohe Staatsschulden die Entwicklung vieler Länder mit niedrigem Einkommen behinderten. Nach multilateralem Schuldenerlass gab es in den betroffenen Ländern auch wieder Fortschritt. Als Gegenleistung für die Erleichterungen mussten diese Länder mehr in die Wohlfahrt ihrer Bevölkerung investieren, aber zugleich auf makroökonomische Stabilität achten.

Westliche Regierungen würden aktuelle Staatsschuldenkrisen gern ähnlich angehen. Sie sind nicht die einzig relevanten Akteure. Sambia und andere hochverschuldete Länder haben sich viel Geld von großen Schwellenländern und dem Privatsektor geliehen. Diese Schulden übertreffen sogar das Volumen der Kredite der seit Langem etablierten bilateralen Geber und multilateralen Institutionen.

Regierungen von Schwellenländern – und besonders China – folgen anderen Prinzipien als die etablierten Wirtschaftsmächte. Aus ihrer Sicht

dienen westliche Kredite nur hegemonialen Zwecken. Allerdings wollen sie selbst auch ihren internationalen Einfluss steigern. Entwicklungskredite sind für China dabei ein willkommenes Instrument. Ausgerechnet die US-Regierung wirft der Volksrepublik nun vor, Schuldenfallen aufzustellen.

Richtig ist, dass Chinas Staatsspitze – bewusst oder unbewusst – es versäumt hat, Lehren aus gescheiterten Entwicklungskrediten des Westens zu ziehen. Oft sagen bilaterale Kreditgeber aus Schwellenländern, sie mischten sich nicht in Innenpolitik ein. Sie vernachlässigen dabei auch, auf ma-



Die G20 vereinbarten den Common Framework on Debt Treatment auf ihrem Gipfel in Saudi-Arabien Ende 2020.

kröökonomische Stabilität zu achten. Es lässt sich ohnehin darüber streiten, ob multilaterale Institutionen westlichen Interessen oder globalen Zwecken dienen.

Solche Kontroversen erschweren Verhandlungen. Anders als etablierte Wirtschaftsmächte lehne China Schuldenerlasse tendenziell ab, ist aber bei der Vertagung von Zahlungen recht großzügig. Selbstverständlich achten sowohl etablierte Geber als auch Schwellenländer darauf, dass von ihren Entscheidungen nicht die jeweils andere Seite profitiert.

Privatinvestor\*innen orientieren sich dagegen nur am Profit. Als die Zinssätze in Ländern mit hohem Einkommen nach der Finanzkrise von 2008 auf Rekordtiefs fielen, begannen viele Privatanleger\*innen, in Entwicklungsländern und Schwellenmärkten zu investieren, wo höhere Renditen winkten. Es ging ihnen nie um Entwicklungsziele, sondern um Ertragsmaximierung. Sie werden dafür weiterhin ihr Möglichstes tun. Zusätzlich kompliziert macht die Lage, dass manche Staatsbanken in China nominell als kommerzielle Kreditgeber gelten. Sie könnten beides wollen: Geld und weltpolitischen Einfluss.

Kompromiss ist trotzdem erreichbar, denn die Beteiligten wissen, dass sie ihr Geld nie vollständig von einem insolventen Schuldner zurückbekommen können. Angesichts der weltweit wachsenden Probleme mit Staatsschulden einigten sich die G20 bei ihrem Gipfel in Saudi-Arabien 2020 auf den Common Framework for Debt Treatment (CF). Ziel war, Ländern mit niedrigem Einkommen schnelle und abschließende Schuldenrestrukturierung zu ermöglichen. Die Absicht war gut, aber die Umsetzung oft unzureichend. Mit Blick auf Sambias Schuldenkrise sprachen Fachleute von einem „Bürgerkrieg innerhalb des CF“.

Die Erfahrung zeigt, dass ein stärkerer globaler Mechanismus nötig ist – also etwa verbindliche internationale Regeln zur Umstrukturierung von Staatsschulden, wenn eine Regierung zahlungsunfähig wird. Eine Serie freiwilliger Umstrukturierungsabkommen mit verschiedenen Gläubigerkategorien abzuschließen, ist nicht nur für die betroffene Regierung quälend. Es verlängert auch den wirtschaftlichen Abschwung, unter dem ihre Bevölkerung leidet, die zur Staatsschuldenkrise aber kaum etwas beigetragen hat. BC, CC



als die offiziellen Gläubiger erhalten und ihre Rückzahlung früher erfolgt.

Die genauen Beträge sind allerdings noch nicht vollständig festgelegt. Entwickelt sich die sambische Wirtschaft besser als erwartet, müssen die Anleihegläubiger weniger zurückzahlen. Entscheiden wird am Ende der IWF. Auch hier besteht wieder das Risiko, dass höhere Kosten für die Schuldendienste das Wirtschaftswachstum in Sambia erneut bremsen könnten.

Sambias Abkommen mit den Eurobond-Investor\*innen war wichtig, aber

noch nicht genug, um der Schuldenfalle zu entkommen. Alle Aufmerksamkeit richtet sich nun auf die Geschäftsbanken. Dabei zeigt die Eurobond-Vereinbarung grob, wie der abschließende Deal aussehen wird.

Sambias Wirtschaft gewinnt immerhin wieder an Fahrt. Fortschritte bei der Restrukturierung haben das Investorenvertrauen wieder gestärkt und den Standort Sambia wieder attraktiver gemacht. Die Regierung schätzt, dass Schuldenlast plus Zinsen um rund 40 Prozent zurückgehen, wobei Inflation und andere langfristige Faktoren berücksichtigt sind. Im Staatshaushalt entsteht neuer Spielraum, weil die Schuldenbedienung in den nächsten 10 Jahren deutlich billiger wird. Zugute kommt das voraussichtlich Bildung, Gesundheitswesen und Infrastruktur. Voraussetzung ist dabei, dass der Staat die Korruption eindämmen kann und neue Sparzwänge vermeidet.

Dennoch bleibt der Weg steinig. Zu den verbleibenden Geschäftsbanken gehören nämlich die China Development Bank

und die Industrial and Commercial Bank of China, die beide staatlich sind. Zusammen schuldet Sambia ihnen mehr als 900 Millionen Dollar. Geostrategische Kalküle könnten wieder wichtig werden. Weitere wichtige Akteure sind Privatunternehmen wie die multinationale African Export-Import Bank oder die in London ansässige Standard Chartered Bank. Um die Schuldenumstrukturierung abzuschließen, müssen sie alle Bedingungen akzeptieren, die mit denen der Anleihegläubiger und der bilateralen Gläubiger vergleichbar sind.



**BEAULAH N. CHOMBO**  
ist eine sambische  
Wirtschaftswissenschaftlerin.  
beulahchombo27@gmail.  
com



**CHARLES CHINANDA**  
ist ein sambischer  
Wirtschaftswissenschaftler.  
charleschinanda@gmail.com

AGRARFORSCHUNG

# „Revolutionäres Konzept für die Ernährungssicherheit“

**Bislang kümmert sich die internationale Agrarforschung vor allem um Fragen, die Länder mit hohen Einkommen betreffen. Nationale Forschungssysteme (NARS – National Agricultural Research System) in Entwicklungsländern brauchen mehr Einfluss. Ein neues Konsortium wird bald dafür sorgen. Ravi Khetarpal, der Initiator der neuen Initiative, erläutert den Paradigmenwechsel im E+Z/D+C-Interview.**

Ravi Khetarpal im Interview mit Roli Mahajan

## Was ist das Global NARS Consortium (GNC)?

Die Agrarforschung muss auf die Erreichung der Entwicklungsziele für Nachhaltigkeit (SDGs – Sustainable Development

Goals) ausgerichtet werden, aber sie wird zu oft als Selbstzweck betrieben. Es gibt zwar Fortschritt, aber Projekte sind oft weit weg von praktischer Anwendung. Das muss anders werden – mit Priorität für die Erreichung von SDG1 (Keine Armut) und SDG2 (Kein Hunger) in praxisrelevanter, handlungsorientierter internationaler Zusammenarbeit (SDG17). Wir müssen akademische Silos knacken und auf Menschen im globalen Süden zugehen. Dafür richten wir das Global NARS Consortium (GNC) ein, eine kooperative Initiative im Rahmen des Global Forum on Agricultural Research and Innovation (GFAiR), das selbst ein Netzwerk von nationalen Agrarforschungssystemen (NARS – National Agricultural Research System) ist.

## Was wird das GNC tun?

Das Ziel ist Ernährungssicherheit durch globale Partnerschaften in einer von Unsicherheit geprägten Zeit. Das GNC wird als Schaltzentrale dienen, die nationale Systeme mit internationalen Forschungseinrichtungen, Geberinstitutionen und UN-Stellen verbindet. Wir wollen Forschungslücken schließen und dabei auf Chancen achten, die bäuerliche Kapazitäten stärken – und zwar nicht nur im technischen Sinne, sondern auch bei der Umsetzung von Innovationen und durch staatliche Förderung. Wir wollen bestehende Strukturen nutzen, statt nur eine weitere zu schaffen. Forschung muss zu innovativem Denken, innovativen Prozessen und innovativen Produkten führen. Ihre Ergebnisse sollen sozioökonomisch wertvoller werden. Innovationsfähigkeit ist wichtig, und sie hängt davon ab, dass Forschende auf die Menschen vor Ort hören, ihr Handeln untereinander abstimmen und auch politische Konzepte stärken. So können wir ländlichen Gemeinschaften helfen. Forschung, die in ihrem Land läuft, wird voraussichtlich innovativer sein und global unterstützt werden. In einem Satz formuliert: Das GNC will die Ernährungssi-





**Afrikanische Agrarforschung ist wichtig.**

cherheit durch angewandte Forschung und Entwicklung zugunsten der Bedürftigsten verbessern.

**Warum sind nationale Forschungssysteme wichtig?**

Leider spiegelt die internationale Agrarforschung die Welt nicht wider. Die einschlägigen multilateralen Organisationen, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden sind, haben viel erreicht, aber es mangelt noch immer an handlungsorientierter Agrarforschung zu den spezifischen Herausforderungen von Ländern mit niedrigen Einkommen. Die einflussreiche Consultative Group on International Agricultural Research (CGIAR) hat sich meist auf Themen des Nordens konzentriert...

**...wo aber Ernährungssicherheit heute weitgehend gewährleistet ist.**

Genau, und entsprechend liefern Labore im Norden mit Spezialisierung auf dort übliche Nutzpflanzen nicht die Lösungen, die für Ernährungssicherheit überall nötig sind. Die kleinbäuerliche Produktion im globalen Süden muss steigen. Dafür muss die Wissenschaft die dortigen Nutzpflanzen sowie die Bedürfnisse der Menschen vor Ort in den Blick nehmen. Das gilt angesichts nie da gewesener Probleme wie dem Klimawandel oder dem Bevölkerungswachstum besonders. Nationale Forschungssysteme müssen von Anfang an einbezogen werden. Sie müssen stärker, besser ausgestattet und effektiver werden.

**Vor welchen Hindernissen stehen sie?**

Das ist von Weltregion zu Weltregion und von Land zu Land verschieden. Manche lassen sich heute schon als nationale Agrarforschungs- und Beratungssysteme be-

zeichnen, einige sogar als Agrarforschungs-, Beratungs- und Bildungssysteme. Das hängt davon ab, wen sie alles ansprechen. Schwellenländer wie Indien, Malaysia, Marokko oder Brasilien haben recht starke Systeme, die auf Augenhöhe mit internationalen Institutionen kooperieren können. Dabei geht es etwa um Institutionen wie CGIAR, FAO (UN Food and Agriculture Organization), IFAD (International Fund for Agricultural Development), WFP (World Food Programme) oder UNDP (UN Development Programme). In weniger entwickelten Ländern oder solchen, deren Wirtschaft sich in Transformation befindet, gibt es aber große Probleme. Typisch sind:

- unzureichende Mittel,
- schlechte Kommunikationsmöglichkeiten,
- begrenzter Zugang zu internationalem Wissen und
- das Gefühl, vernachlässigt zu werden.

Oft fällt es den Verantwortlichen dann schwer, klar zu formulieren, was sie brauchen, oder überhaupt auf internationale Partner zuzugehen. So können sie nicht voll an der internationalen Entwicklung teilhaben.

**Was bietet Abhilfe?**

Es gibt zu wenig Süd-Süd-Kooperation. Es wäre gut, wenn Länder mit starken Systemen schwächere unterstützten. Das EU-Konzept der Dreieckskooperation ist gut – mit Geldgebern in einem Land mit hohem Einkommen, Know-how-Vermittlung aus einem Land mit mittlerem Einkommen und Empfängern in einem Land mit niedrigem Einkommen. Es wird aber nicht breit angewendet, ist vielleicht auch nicht überall anwendbar. Verschiedene Weltregionen und Agrarforschungssysteme brauchen vermut-

lich auf die spezifischen Umstände zugeschnittene Unterstützung.

**Wie wird das GNC global agieren?**

Wir denken global, starten also keine regionalen Pilotprojekte. Es gibt ja bereits regionale Netzwerke der Agrarforschungssysteme. Sie arbeiten allerdings mit recht unterschiedlichem Erfolg. Wir wollen einen umfassenden Mechanismus schaffen, der jedes nationale System nach den jeweiligen Bedürfnissen unterstützt. Dafür brauchen wir unter anderem regelmäßige Diskussionen, Workshops und Onlineseminare. Wir arbeiten noch an den Details.

**Was sind die nächsten Schritte?**

Beim Treffen der sechs bestehenden regionalen Agrarforschungsnetzwerke wurde am 7. März 2023 die Gründungserklärung des GNC unterschrieben. Die sechs Netzwerke sind:

- die Association of Agricultural Research Institutions in the Near East and North Africa (AARINENA),
- die Asia-Pacific Association of Agricultural Research Institutions (APAARI),
- die Central Asia and the Caucasus Association of Agricultural Research Institutions (CACAARI),
- das European Forum on Agricultural Research for Development (EFARD),
- das Forum for Agricultural Research in Africa (FARA) und
- das Forum for the Americas on Agricultural Research and Technology Development (FORAGRO).

Wichtige internationale Institutionen wie die Europäische Kommission, IFAD und CGIAR unterstützen unser Konzept, weil sie wissen, dass ein GNC nötig ist. Gegründet wird es offiziell nächstes Jahr – und es ist dann mehr als eine weitere Initiative. Wir haben ein revolutionäres Konzept, um Ernährungssicherheit durch nachhaltige Entwicklung zu erreichen und dabei diejenigen aktiv einzubeziehen, die am bedürftigsten sind.



**RAVI KHETARPAL**  
ist Exekutivdirektor der Asia-Pacific Association of Agricultural Research Institutions (APAARI),

Vorsitzender des Global Forum on Agricultural Research and Innovation (GFAiR) und Initiator der GNC-Initiative.

ravi.khetarpal@apaari.org



**Schwere Feuer wüteten in diesem Jahr in Brasilien. Brennender Wald in der Nähe der Grenze zu Bolivien im Juli.**

vorherige. Zu den Ursachen zählen extreme Wetterbedingungen und schlechte Landnutzungsplanung. Auch legale und illegale Wirtschaftstätigkeiten spielen eine wichtige Rolle.

Laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) sind in Lateinamerika und der Karibik derzeit mehr als ein Fünftel der weltweiten Wälder zu finden. Zwischen 1990 und 2020 hat diese Region jedoch rund 138 Millionen Hektar Wald verloren – eine Fläche größer als Peru. Grund dafür ist laut FAO insbesondere die veränderte Landnutzung für Land-, Forst- und Viehwirtschaft und, in geringem Maße, die Ausdehnung von Städten und der Straßenbau.

In Brasilien beispielsweise nahm zwischen Mitte der 1980er-Jahre und 2019 die Fläche für die Forstwirtschaft um 274 Prozent und für die Landwirtschaft um 160 Prozent zu. Flächen für Weidewirtschaft nahmen bis zum Jahr 2000 erheblich zu, seither nicht mehr.

Die Umwandlung der Flächen eröffnete wirtschaftliche Perspektiven, zeitigte aber zugleich fatale Auswirkungen – auch im Hinblick auf das Waldbrandrisiko. Die ursprünglichen feuchten Wälder Lateinamerikas, vor allem der Amazonas-Regenwald, wirken als natürliche Barrieren gegen Brände, weil ihre Beschaffenheit deren Ausbreitung verlangsamt. Die radikale Änderung der Flächennutzung und die Zerstörung dieser grünen Brandmauern – bei gleichzeitigem Anstieg der Treibhausgasemissionen – erhöhen die Menge an brennbarem Material und begünstigen Brandkatastrophen.

## BRANDRODUNG AUSSER KONTROLLE

Eine weitere Praxis, die ein ständiges Katastrophenrisiko birgt, ist das sogenannte kontrollierte Abbrennen. Hierbei werden gezielt Brände ausgelöst, um Land für die landwirtschaftliche Nutzung vorzubereiten. Dies kann nicht nur Böden zerstören, sondern führt auch zu unbeabsichtigten Feuern, die durch die Verbreitung von Glut in der Luft entstehen.

In Bolivien zum Beispiel trug das Abbrennen für die Landwirtschaft wesentlich zu den Waldbränden bei, die 2019 in der Region Chiquitania hunderttausende Hektar verwüsteten. Laut dem Online-Magazin Mongabay hat der bolivianische Staat das kontrollierte Abbrennen zugunsten der

## WALDBRÄNDE

# Lateinamerika brennt

**Jahr für Jahr zerstören Flächenbrände wertvolle Ökosysteme. Das befördert den Klimawandel und lässt Biodiversität schwinden. Zu den Ursachen zählt Brandrodung für die Landwirtschaft.**

Von Javier A. Cisterna Figueroa

Die Expansion der Land- und Forstwirtschaft ist ein Motor für das Wirtschaftswachstum in Lateinamerika und der Karibik. Die Landwirtschaft allein macht laut Weltbank zwischen fünf und 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in 20 Ländern der Region aus. Die Ausweitung dieser Aktivitäten bringt jedoch auch eine Reihe von Umweltproblemen mit sich, darunter erhöhte Waldbrandgefahr.

Der Klimawandel, die Abholzung von Wäldern zur Gewinnung neuer Anbauflächen und die Brandrodung für die Landwirtschaft schaffen zunehmend Bedingungen, die verheerende Brände begünstigen. Diese bedrohen direkt die Menschen vor Ort und ihre Lebensgrundlagen.

Aus Berichten staatlicher und internationaler Organisationen geht hervor, dass sich die Brandkatastrophen verschlimmern. Betroffene Staaten müssen an die Grenzen ihrer Kapazitäten gehen, um angemessen zu reagieren, darunter die USA, Kanada, europäische Mittelmeeranrainer, die DR Kongo und Australien. Lateinamerika ist zum

Schauplatz besonders heftiger Brände geworden. Um nur drei Beispiele aus jüngster Zeit zu nennen:

- 2023 zerstörten Waldbrände in Brasilien mehr als 17 Millionen Hektar – eine Fläche so groß wie Uruguay.
- Im Oktober und November 2023 brannten in Bolivien im Korridor La Paz-Beni gut 250 000 Hektar. Die Zahl der Brandherde verfünffachte sich beinahe gegenüber dem Vorjahr.
- Der Brand im chilenischen Viña del Mar im Februar war mit mehr als 130 Toten der zweittödlichste des 21. Jahrhunderts nach dem „Schwarzen Samstag“ 2009 in Australien.

Zuletzt war jede Waldbrandsaison in Südamerika, insbesondere im Amazonasgebiet, mindestens so zerstörerisch wie die



Landwirtschaft selbst vorangetrieben. Die Situation geriet jedoch außer Kontrolle, und riesige Flächen eines Gebiets mit wertvoller Biodiversität fielen den Flammen zum Opfer.

„Wir haben die Aufgabe und den Auftrag, dass Bolivien wirtschaftlich wächst, nicht nur auf der Grundlage nicht erneuerbarer natürlicher Ressourcen, sondern auch auf der Grundlage der Landwirtschaft und Viehzucht“, sagte der damalige Präsident Boliviens, Evo Morales, Monate zuvor.

Ob mehr Land- und Forstwirtschaft nun durch Abholzung oder Brandrodung ermöglicht werden – im Ergebnis stehen jeweils erhöhte Kohlenstoffemissionen, die

den Klimawandel befeuern, zerstörte Ökosysteme und günstigere Bedingungen für Waldbrände.

Susana Paula forscht an der Universidad Austral de Chile zu Waldbränden. Sie sagt, es reiche nicht aus, wenn sich Gesellschaften, die großen Bränden ausgesetzt seien, auf die Brandbekämpfung konzentrierten. Vielmehr müssten sie mehr tun, um Waldbrände zu verhindern, abzuschwächen oder sich auch, soweit möglich, an sie anzupassen. Sie fordert mehr Präventionsmaßnahmen und bessere Förderung, um eine diversere Landschaft zu schaffen. Insbesondere in von Bränden betroffenen Gebieten müssten Flächen anders genutzt werden.

Zudem gelte es, invasive Arten besser zu kontrollieren, einheimische Ökosysteme wiederherzustellen und betroffene Gemeinschaften mit langfristigen psychosozialen Programmen zu unterstützen.

Den Trend umzukehren und das Ausmaß der Waldbrände in Lateinamerika zu begrenzen ist jedenfalls dringend geboten – im Sinne der Menschen vor Ort, aber auch der gesamten Weltgemeinschaft.



**JAVIER A. CISTERNA FIGUEROA**  
ist ein chilenischer Journalist und lebt in Concepción.  
[cisternafigueroa@gmail.com](mailto:cisternafigueroa@gmail.com)

## Aus Daten die richtigen Schlüsse ziehen

**Die Ursachen für die gewaltigen Waldbrände in Lateinamerika sind vielfältig, darunter der Klimawandel und Brandrodung für die Landwirtschaft (siehe Haupttext). Der Katastrophenexperte Michel De L'Herbe fordert, dass sich betroffene Länder besser auf die Feuersbrünste vorbereiten und stärker kooperieren.**

**Michel De L'Herbe im Kurzinterview mit Javier A. Cisterna Figueroa**

**Die Waldbrände in Lateinamerika werden offenbar von Jahr zu Jahr zerstörerischer und lebensbedrohlicher. Woran scheitern wir bei der angemessenen Bekämpfung?**

In Lateinamerika haben wir den Klimawandel sehr stark diskutiert und analysiert, aber es mangelt an Entscheidungen, welche politischen Maßnahmen daraus folgen sollten, insbesondere bei der Anpassung. Zum Beispiel sind in Chile seit 2014 nur ein Prozent der Brän-

de für mehr als 80 Prozent der zerstörten Fläche verantwortlich. Diese Feuer gehen in der Regel mit hohen Temperaturen einher und stellen die Logistik des gesamten Landes auf die Probe. Vor dem Hintergrund der uns vorliegenden Informationen und unserer Erfahrungen sollten wir uns auf diese geringe Anzahl von Bränden mit hoher Zerstörungskraft vorbereiten. Wir sind damit aber im Rückstand. Die Vorbereitung auf dieses eine Prozent erfordert eine Änderung der Logistik der Brandbekämpfung und die Fähigkeit, rechtzeitig und energisch reagieren zu können.

**Sehen Sie weitere Gemeinsamkeiten auf lateinamerikanischer Ebene?**

Eine Gemeinsamkeit ist, dass wir aus Daten nicht konsequent Schlüsse ziehen. Wir wissen, dass es den Klimawandel gibt, aber das hat nicht dazu geführt, dass wir uns besser vorbereitet hätten, auch nicht auf kommunaler Ebene. Wir müssen dazu

übergehen, mehr Menschen auszubilden, die eng mit den lokalen Regierungen verbunden sind.

**Inwieweit fehlt es an einer koordinierten Reaktion auf gemeinsame Schwierigkeiten?**

Es wäre nicht fair, uns mit der nördlichen Hemisphäre zu vergleichen, denn die Länder dort verfügen international über die beste Logistik. In Lateinamerika mangelt es daran noch. In Chile beispielsweise können Brände noch nicht in der Nacht aus der Luft bekämpft werden, was bedeutet, dass sich die Brände nachts weiter ausbreiten. An der Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten, Kanadas oder der Europäischen Union können wir uns dennoch ein Beispiel nehmen. So etwas

gibt es hier in dieser Form noch nicht. Wir müssen die horizontale Zusammenarbeit – also unter gleichberechtigten Partnern auf derselben politischen Ebene – verstärken und dabei insbesondere an Länder denken, die Protagonisten eines globalen Problems sind, wie das bei Brasilien und Bolivien mit den Auswirkungen auf das Amazonasgebiet der Fall ist.



**MICHEL DE L'HERBE**  
ist Experte für Notfallmanagement und

**Spezialist für das Bekämpfen von Großbränden. Er leitet die Beratungsfirma Emergency Management MGMT.**  
[michel@mgmt.cl](mailto:michel@mgmt.cl)



Von Waldbrand zerstörte Wohngegend in Viña del Mar, Chile, im Februar.



In der Dominikanischen Republik bietet der Tourismussektor Einkunftsmöglichkeiten.

FRAUEN IN DER WIRTSCHAFT

## Das Selbstwertgefühl von Unternehmerinnen stärken

**Soziale Faktoren spielen eine wesentliche Rolle für den Erfolg von Unternehmerinnen. Sie können als förderlich oder hinderlich erlebt werden. Im Rahmen einer Analyse in der Dominikanischen Republik wurde ermittelt, was Unternehmerinnen zu mehr Selbstvertrauen verhilft.**

**Von Andreina Sánchez Deschamps**

In den vergangenen Jahren haben Unternehmerinnen weltweit starke Fortschritte gemacht. Laut dem GEM 2022/23 Women's Entrepreneurship Report (GERA, 2023) möchte eine von sechs Frauen weltweit in absehbarer Zeit ein Unternehmen gründen – gegenüber einem von fünf Männern. Der Anteil der Frauen, die Unternehmen gründen wollen, ist in Ländern mit niedrigen

Einkommen mit 28,2 Prozent am höchsten. In Ländern mit hohem Einkommen sind es nur elf Prozent.

Allerdings gilt es hervorzuheben, dass Frauen bei der Unternehmensgründung weiterhin mit enormen Hürden kämpfen. Ein erheblicher Teil davon sind wirtschaftliche Herausforderungen, aber auch psychosoziale Faktoren verdienen Aufmerksamkeit.

Über die Jahrzehnte hat die Forschung gezeigt, dass psychologische und soziale Faktoren starken Einfluss auf unternehmerische Motivation haben. Persönliche Eigenschaften wie Selbstwirksamkeit oder Selbstwertgefühl, Anpassungsfähigkeit und Führungsqualitäten sind eng mit unternehmerischer Initiative verknüpft. Zentral sind auch soziale Einflüsse wie familiärer Hinter-

grund, Bildung und Alter. Laut einer quantitativen Studie aus Spanien von 2012 sind informelle Faktoren wie wahrgenommene unternehmerische Fähigkeiten, familiäre Rollen und soziale Netzwerke für weibliches Unternehmertum relevanter als formelle Faktoren wie Finanzierung, Ausbildung und Förderung.

### GERINGE SELBSTWIRKSAMKEIT BREMST UNTERNEHMERGEIST

Obwohl sie dieselben unternehmerischen Fähigkeiten wie Männer haben, fühlen sich viele Frauen weniger gut darauf vorbereitet, geschäftlich erfolgreich zu sein. Die Forschung legt nahe, dass viele Frauen mit unternehmerischen Fähigkeiten es vermeiden, ein Unternehmen zu gründen – auch weil ihr Selbstwirksamkeitsgefühl aus sozialen und kulturellen Gründen zu schwach ist.

In ihrem GEM 2021/22 Women's Entrepreneurship Report analysierte die Global Entrepreneurship Research Association Trends im weiblichen Unternehmertum in 50 Ländern. Von allen berücksichtigten Ländern war der Anteil der Erwachsenen, die entweder dabei sind, ein Unternehmen zu gründen, oder bereits eines leiten, in der Dominikanischen Republik am höchsten. Dort gaben 43,7 Prozent der Frauen eine Existenzgründung an, verglichen mit 40,1 Prozent der Männer.

Diese Zahlen klingen zwar ermutigend, allerdings gründen viele Dominikanerinnen traditionelle oder Subsistenzunternehmen – meist, weil sie dafür nicht viel investieren müssen. Oft sind diese Sektoren aber gesättigt und bringen daher eher wenig Gewinn.

Im Rahmen meiner Masterarbeit an der Universität Leipzig führte ich 2023 eine Studie mit 20 Unternehmerinnen in der Dominikanischen Republik durch. Zehn davon hatten eine Fachausbildung, ein Postgraduierten- oder ein Masterstudium absolviert. Neun hatten ein Hochschul- oder Universitätsstudium abgeschlossen, eine war technisch ausgebildet. Trotz ihrer hohen Bildungsabschlüsse hielten die meisten dieser Frauen ihre unternehmerischen Fähigkeiten für ungenügend.

### SOZIALES UMFELD IST ENORM WICHTIG

Meine Studie unterstreicht den starken Einfluss des sozialen Umfelds auf Unter-

nehmerinnen. Sie zeigt, dass die Familie wichtig ist bei der Förderung unternehmerischer Aktivitäten, besonders für Frauen: Bei 90 Prozent der Befragten war oder ist ein Familienmitglied unternehmerisch tätig. Das stützt die These, dass das Aufwachsen mit einem solchen Vorbild in der Familie die Wahrscheinlichkeit erhöht, eigene unternehmerische Fähigkeiten zu entwickeln.

Zudem ist es für Frauen wichtig, soziale Unterstützung zu erfahren, wenn sie entscheiden, ein Unternehmen zu gründen. Ohne Ermutigung durch Familie und Freunde verlieren viele die Motivation, bis hin zur Aufgabe. Sieben der 20 Dominikanerinnen aus der Studie gaben an, dass ihr soziales Umfeld ihre Entscheidung, ein Unternehmen zu gründen, nicht unterstützte, was ihre Motivation beeinträchtigte.

Besonders wer Partner oder Kinder hat, braucht die Unterstützung von Familie und Freunden, da familiäre Pflichten die Karriere erschweren können. Wurden Frauen sowohl emotional als auch finanziell unterstützt, nannten durchweg alle die emotionale Unterstützung als wichtiger.

Bedenklich ist, dass die Hälfte der Befragten angab, nicht mit anderen Unternehmerinnen in ihrem Bereich vernetzt zu sein. Nur fünf sind Mitglied in einschlägigen Organisationen oder Unternehmensverbänden. Ohne diese Art von Vernetzung entgehen den Frauen aber wichtige Möglichkeiten solcher Netzwerke – etwa der Zugang zu Vorbildern und Ressourcen.

## DAS SELBSTWERTGEFÜHL VON FRAUEN STÄRKEN

In meiner Studie ging es vor allem darum, ein Gruppen-Coaching-Programm für Unternehmen zu entwickeln, über das Teilnehmerinnen gemeinsam an ihrer persönlichen und geschäftlichen Entwicklung arbeiten



„Es ist für Frauen wichtig, soziale Unterstützung zu erfahren, wenn sie entscheiden, ein Unternehmen zu gründen. Ohne Ermutigung durch Familie und Freunde verlieren viele die Motivation, bis hin zur Aufgabe.“

können. Das einmonatige Onlineprogramm „Reprogram Your Business Mindset“ zielte auf Ängste, Blockaden und Glaubenssätze ab, die Unternehmerinnen oft ausbremsen. Es kombinierte Elemente aus Wirtschaft, Coaching, Neurolinguistischem Programmieren (NLP) und anderen Instrumenten der Selbstentwicklung, um die Frauen durch Stärkung ihres Selbstwertgefühls zu empowern. Die Frauen wurden dazu ermutigt, über die Bedeutung psychosozialer Faktoren nachzudenken und darüber, wie sie daran arbeiten können, um ihr Business zu verbessern.

Das Programm hatte eine positive Wirkung auf die Teilnehmerinnen und ihre Unternehmen. Anfangs kämpften viele wegen soziokultureller Stereotypen mit einem geringen Selbstwirksamkeitsgefühl bezüglich ihres Unternehmens. Gegen Ende des Programms hatte sich ihr Selbstbewusstsein aber verbessert. Die Frauen erkannten ihre persönlichen und unternehmerischen Fähigkeiten – und arbeiteten an ihnen, indem sie im eigenen Unternehmen aktiv wurden.

Außerdem wuchsen die Unternehmerinnen am Austausch mit anderen. Sie entdeckten während des Programms, dass es Freude macht, zu einer Gruppe zu gehören, in der sie sich verstanden fühlen und ihre Erfahrungen austauschen können.

## ENTWICKLUNG NEUER STRATEGIEN

Die Teilnehmerinnen setzten neue Strategien in ihren Unternehmen um. Unter anderem:

- richteten sie ihre Unternehmen auf ihre persönlichen Werte aus,
- diversifizierten sie Produkte und Dienstleistungen,
- automatisierten sie Prozesse,
- entwickelten sie eine Internationalisierungsstrategie,
- kooperierten sie mit Partnern und

- verbesserten sie ihre Entscheidungsfindung und auch das Umsetzen von Aufgaben.

Da der soziokulturelle Kontext das Niveau der unternehmerischen Selbstwirksamkeit bei Unternehmerinnen stark beeinflusst, wäre es wichtig, zu untersuchen, inwiefern sich die Ergebnisse verändern bei Unternehmerinnen in anderen Ländern, die entweder ähnliche oder andere Bedingungen vorfinden wie die Dominikanerinnen. Allgemein können Unternehmerinnen von einem auf ihre persönliche Entwicklung ausgerichteten Training sehr profitieren. Es kann ihnen helfen, berufliche und persönliche Fähigkeiten wie Führungsqualitäten, Kommunikation, Zeitmanagement und Entscheidungsfindung zu entwickeln und ihr Selbstvertrauen zu stärken.

Auch die Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen Unternehmerinnen kann ihre Selbstwirksamkeit stärken. Auf diese Weise bekommen sie vor Augen geführt, dass sie in ihrem unternehmerischen Prozess nicht allein sind. Sie erhalten die Möglichkeit, inspirierende Gleichgesinnte in ihrer Branche zu treffen. Und das wiederum zeigt ihnen, dass ihre Ziele erreichbar sind.

## LITERATUR

Global Entrepreneurship Research Association (GERA), 2023: GEM 2022/23 Women's Entrepreneurship Report.

<https://www.gemconsortium.org/reports/womens-entrepreneurship>

Sánchez Deschamps, A., Barriga, P., 2024: A revolutionary approach to study and empower Dominican women entrepreneurs' self efficacy using The Repertory Grid Technique (RGT) (Paper presentation). Business Association of Latin American Studies (BALAS) Conference 2024, São Paulo, Brazil.

Onlineprogramme "Reprogram Your Business Mindset":

<https://abcdenegocio.com/reprograma-tu-business-mindset/>



ANDREINA SÁNCHEZ DESCHAMPS

ist Unternehmensberaterin aus der Dominikanischen Republik. Mit der in diesem

Artikel beschriebenen Studie hat sie ihren MBA-Abschluss in Small Enterprise Promotion and Training der Universität Leipzig erworben. [andreina.sanchez28@gmail.com](mailto:andreina.sanchez28@gmail.com)

# Was die vielfältige Küche der Dalit mit Kastenzugehörigkeit zu tun hat

Ein neues Buch dokumentiert die kulinarischen Traditionen der Dalit-Gemeinschaften in Marathwada, einer Region im indischen Bundesstaat Maharashtra. „Dalit Kitchens of Marathwada“ von Shahu Patole ist dabei mehr als ein typisches Kochbuch – es verknüpft Kulinarik mit Kastenzugehörigkeit und Kultur.

Dalits gehören der niedrigsten Kaste des Hinduismus an und sind seit jeher diskriminiert und ausgegrenzt worden. Der Autor ist selbst Dalit und fühlte sich berufen, das Buch zu schreiben, weil er nirgendwo sonst etwas zur Esskultur seiner Kaste lesen konnte. Patole ist pensionierter Regierungsbeamter und schreibt auf Marathi, doch die kürzlich erschienene englische Ausgabe macht sein Werk nun auch international zugänglich. Übersetzt hat sie Bhushan Korgaonkar.

Die Leser\*innen erfahren zunächst, wie Nahrung mit dem hinduistischen Glaubenssystem verknüpft ist. Essen wird darin oft als rein („sattvic“) oder sündhaft („tamasic“) eingestuft. Welche Speisen Hindus einer bestimmten Kaste essen dürfen, ergibt sich aus den hinduistischen Schriften. Auch Nahrung wurde so zu einem Mittel, die Kastenhierarchie aufrechtzuerhalten.

Patole Buch räumt mit solchen alten Vorstellungen auf. Tatsächlich durften Dalits historisch keine Milch, kein Ghee (geklärte Butter) und kein Öl verwenden – was den Einfallsreichtum der Dalits erklärt, mit minimalen Ressourcen köstliche Mahlzeiten zuzubereiten. Patole greift dabei auch auf eigene Erfahrungen zurück.

Das Buch geht dabei auch auf die Ungerechtigkeit zwischen Dalits und Bauern höherer Kasten ein. Während Dalits gezwungen waren, mit dem Vorlieb zu nehmen, was gerade da war, verfügten die höheren Kasten über eine wesentlich größere Auswahl. Eine zentrale Botschaft des Buches ist deshalb auch: Dalits haben eine tief verwurzelte Verbindung zur Natur, weil sie sich auf das verlassen mussten, was die Natur ihnen bot.

Der Autor beschreibt die Jagdpraktiken der Mahar- und Mang-Gemeinschaften, darunter auch das Fangen von Kaninchen und Vögeln. Für die traditionell vegetarischen oberen Kasten wäre das unvorstellbar – Patole hinterfragt jedoch die Vorstellung, dass man „wird, was man isst“, und stört sich nicht daran, für sein Buch als „Sünder“ bezeichnet zu werden.

Besonders kraftvoll wird Patoles Werk durch die lebendige Schilderung der Dalit-Küche. Er stellt unbekanntere Zutaten und unkonventionelle Kochmethoden vor, bei denen Intuition eine größere Rolle spielt als genaue Mengenangaben. Oft war das die einzige Möglichkeit, Rezepte über Generationen hinweg weiterzugeben. Die vorgestellten Gerichte reichen von Grundnahrungsmitteln bis hin zu Festtagsgerichten und zeigen, wie sehr Nahrung mit kultureller Identität verbunden ist. Patoles Dokumentation der Dalit-Küche ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer gerechteren Zukunft.

## REFERENZ

Patole, S., 2024: Dalit Kitchens of Marathwada. Gurugram, Haryana, HarperCollins Publishers India.



**ROLI MAHAJAN**  
ist Journalistin mit Sitz in Lucknow, Indien.

[roli.mahajan@gmail.com](mailto:roli.mahajan@gmail.com)

# IMPRESSUM

## E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

65. Jg. 2024

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: [www.DandC.eu](http://www.DandC.eu)

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 30.10.2024 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

[www.engagement-global.de](http://www.engagement-global.de)

BEIRAT:

Selmin Çalıřkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,

Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1

D-60486 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, inhaltlich verantwortlich), Eva-Maria Verfürth (EMV, Redakteurin),

Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO, Redakteurin), Jörg Döbereiner (JD, Cvd), Maren van Treel (MVT, Social-Media-Redakteurin),

Dagmar Wolf (DW, Assistentin)

Freiberufliche Mitarbeit: Jan Walter Hofmann (JWH; Layout), Leon

Kirschgens (LKI, Kolumne Heutzutage), Roli Mahajan, Lucknow

(RM), Ronald Ssegujja Ssekandi, Kampala (RSS; Kolumne

Heutzutage), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit

und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die

FAZIT-Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

[fazit-com@cover-services.de](mailto:fazit-com@cover-services.de)

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4–6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



**Bleiben Sie mit unserem Newsletter zu wichtigen Themen auf dem Laufenden. Wir versenden ihn einmal im Monat sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch. Die Anmeldung zum Newsletter ist kostenfrei auf [www.dandc.eu](http://www.dandc.eu).**



EXTREMWETTER

# Wichtige nepalesische Lektionen

**Ende September führten drei Tage ungewöhnlich starken Regens in Nepal zu Hochwasser und Erdbeben. So etwas wird weltweit normal und bekommt nicht mehr so viel Aufmerksamkeit wie früher. Nepal tut sich aber schwer damit, seine Bevölkerung zu schützen.**

Von Rukamane Maharjan

Am 3. Oktober veröffentlichte die nationale Katastrophenbehörde einen Bericht, demzufolge es 236 Tote gab und 19 Menschen vermisst wurden. Ganze Dörfer wurden zerstört. Mehr als 16.000 Familien verloren ihr Zuhause. Wichtige Infrastruktur lag in Trümmern – von Straßen und Brücken über Wasserkraftanlagen bis hin zu Hochspannungsleitungen und sonstigen Stromleitungen. Auch Schulen und Kliniken waren betroffen. Nach dem Unglück blockierten Erdmassen wichtige Fernverkehrsstraßen. Der Binnenflugverkehr ruhte.

In einer dramatischen Episode wurden in Kathmandu zwei Männer und zwei Kinder von einem Blechdach geschwemmt, auf dem sie vier Stunden lang auf Rettung gehofft hatten. Ein Mädchen wird seither vermisst, die anderen drei sind in Sicher-

heit. Sechs Fußballspieler starben im Südwesten der Hauptstadt in einem Erdbeben, als sie versuchten, sicheres Gelände zu erreichen.

Überlebende sind nun vielfach traumatisiert. Sie haben Angehörige, ihr Zuhause oder Eigentum verloren. Erwerbsgrundlagen wurden zerstört, staatliche Hilfe ist jedoch langsam und unzuverlässig.

Getroffen wurde auch der wirtschaftlich wichtige Fremdenverkehr. September und Oktober sind normalerweise die Hochsaison des Himalaja-Tourismus. In diesem Jahr wurden beliebte Reiseziele aber unerreichbar.

Binnenreisende waren auch betroffen. Viele nutzen die Hindufeierlichkeiten von Dashain (in diesem Jahr vom 3. bis 16. Oktober) und Tihar (30. Oktober bis 3. November), um in ihre Heimatregionen zu fahren. 2024 bedeutet das Reisen auf gefährlich beschädigten Straßen. Selbst in guten Zeiten gibt es ständig Nachrichten von Busunfällen.

Dass Nepal Klimarisiken ausgesetzt ist, ist allgemein bekannt. Unser Beitrag zur Erderwärmung ist vernachlässigbar, aber wir spüren heftige Auswirkungen. Die Berge verlieren Schnee; die Gletscher schmelzen schnell. Wasserknappheit wächst, gleichzei-

tig werden Hochwasser häufiger. Die fragile Umwelt des Hochgebirges ändert sich.

Auf allen staatlichen Ebenen wurden Maßnahmen ergriffen, um die Risiken zu managen. Es gibt Fonds für Rettung und Nothilfe. Zudem wird die Bevölkerung über Gefahren und Handlungsoptionen aufgeklärt.

Als es im September ernst wurde, schien dennoch nichts zu funktionieren. Selbst in der Hauptstadt liefen Rettungsmaßnahmen nur langsam an und blieben weniger effektiv, als nötig gewesen wäre.

Personal von Polizei und Militär engagierte sich vorbildlich – aber mit unzureichender Ausrüstung. Oft mussten schlichte Seile, Flaschen und Schaufeln reichen.

Offensichtlich braucht Nepal ein proaktives Konzept. Es reicht nicht, Katastrophenkomitees auf Ortsebene zu bilden, wenn diese nicht so ausgestattet werden, dass sie wirkungsvoll handeln können.

Wegen Haushaltsengpässen – Nepal ist das ärmste Land in Südasien – sind Behörden generell schlecht ausgestattet. Unser Land braucht mehr Geld für Klimaanpassung und Schadensersatz von Nationen mit viel höheren Durchschnittseinkommen, die auch viel mehr zur globalen Erhitzung beigetragen haben.

Knappe Kassen sind aber keine Entschuldigung für sämtliche Versäumnisse. Allzu oft werden sinnvolle Bestimmungen in Nepal nicht durchgesetzt. Auch beim jüngsten Wetterdesaster zeigten sich Gleichgültigkeit und Inkompetenz. Zu viele Staatsbedienstete auf allen Ebenen waren ihren Aufgaben nicht gewachsen. Ärgerlich war zum Beispiel, dass niemand das Ausmaß der Katastrophe vorhersagte, obwohl vor heftigem Regen durchaus gewarnt worden war.

Nepal hat Lektionen zu lernen. Wir brauchen Frühwarnsysteme, Vorbereitung auf der kommunalen Ebene, solide Infrastruktur und stimmige Planung. Politik und Verwaltung müssen sich ihren Aufgaben stellen. Eine davon ist, mehr Klimageld von Ländern mit hohem Einkommen einzutreiben.



**RUKAMANE MAHARJAN**  
ist Juradozentin an der  
Tribhuvan University in  
Kathmandu.

[rukamane.maharjan@nrc.tu.edu.np](mailto:rukamane.maharjan@nrc.tu.edu.np)



**Menschen erlitten  
traumatisierende  
Verluste von Heim,  
Habe und  
Angehörigen.**



## VERFASSUNGSRECHT

# Zahnlos gemachte Justiz

**Pakistans vom Militär unterstützten Regierung ist es gelungen, dem Obersten Gericht wichtige Kompetenzen zu nehmen. Sie hat sich dessen neuen Präsidenten ausgesucht.**

Von Imran Mukhtar

Pakistans Supreme Court (SC) hat in der Vergangenheit staatlichen Akteuren oft Grenzen gesetzt. Urteile hielten an Verfassungsgrundsätzen fest und fielen immer wieder gegen Bundes- und Provinzregierungen aus. Damit ermutigte der SC auch die regionalen High Courts zu einer ähnlichen Wächterrolle. Tatsächlich haben die oberen Instanzen sogar mehrfach gegen das mächtige Militär entschieden (siehe hierzu auch Muhammad Nawfal Saleemi auf Seite 31 dieser Digitalen Monatsausgabe).

Das wird künftig voraussichtlich anders. Die von den Generälen unterstützte Regierung hat nämlich Verfassungsänderungen durch beide Parlamentskammern gebracht, sodass nun ein von ihr dominierter Parlamentsausschuss die Spitzenposition am SC benennt. Bislang tat das eine überwiegend aus Richter\*innen bestehende Justizkommission nach Anciennitätsprinzip.

Diese Reformen wurden sehr schnell durchgesetzt – gerade rechtzeitig, um Syed Mansoor Ali Shah als SC-Präsidenten zu verhindern. Er gilt als unabhängig und wäre am Zug gewesen. Stattdessen wählte nun ein Ausschuss den neuen Chief Justice unter den drei Dienstältesten aus. Statt Al Shah wurde deshalb am 26. Oktober Yahya Afridi vereidigt.

Pakistan ringt mit einer schweren Wirtschaftskrise und ernststen Sicherheitsproblemen. Eine Koalition aus vielen Parteien regiert seit den Wahlen im Februar, bei denen das Lager des umstrittenen früheren Premierministers Imran Khan die meisten Parlamentssitze gewann, allerdings die Mehrheit verfehlte. Es gab ernst zu nehmende Vorwürfe der Wahlmanipulation, sodass die Regierung Grund zu der Furcht hatte, ein von Ali Shah geführter SC könne die Wahl annullieren.

Fachleute rechnen mit weiteren Folgen. Seit einiger Zeit wächst die Repression. Imran Khan sitzt seit Monaten in Haft, aber viele halten die gegen ihn erhobenen Vorwürfe für fragwürdig. Andere Funktions-tragende seiner Partei sind ebenfalls hinter Gittern oder verstecken sich. Aktivisten, Influencer auf sozialen Medien und sogar Abgeordnete der Opposition sind auf mysteriöse Weise verschwunden, wobei manche allerdings nach einer Intervention der Justiz wieder aufgetaucht sind. Solche Interventionen dürften künftig seltener werden und vielleicht gar nicht mehr vorkommen.

Die Reformen haben dem SC und den High Courts nämlich die Zuständigkeit für politisch brisante Fälle genommen. Dafür wurden neue Verfassungskammern eingerichtet, die in der Praxis als eigenständige Justizinstitution agieren dürften. Der SC-Präsident bestimmt mit einer modifizierten Justizkommission, in der die Regierung stärker vertreten sein wird als bisher, über deren Besetzung. Die Regierung entscheidet also fortan direkt und indirekt, wer über sie Recht sprechen wird.

Diese Menschen werden nicht mehr nur an das Gesetz gebunden und ansonsten

unabhängig sein. Es dürfte sich vielmehr um Karrierist\*innen handeln, die sich mit jahrelangem Wohlverhalten profiliert haben.

Misstrauen ist immer berechtigt, wenn eine Regierung mit Verfassungsänderungen die Unabhängigkeit der Justiz antastet. Das gilt besonders, wenn sie Grund hat, richterliche Entscheidungen zu fürchten. In Pakistan trug nun zur Beunruhigung zusätzlich bei, dass die Details der Reform so spät der Öffentlichkeit mitgeteilt wurden, dass eine breite demokratische Diskussion gar nicht möglich war. Was geschehen ist, erinnert viele an eine Art Machtergreifung.

In der Tat haben die Reformen aus Sicht der unabhängigen International Commission of Jurists Pakistans Justiz zahnlos gemacht. „Diese Änderungen führen zu einem außerordentlich hohen Maß an politischem Einfluss auf die Berufung von Justizpersonal und die Justizverwaltung“, sagte Santiago Canton, der Generalsekretär der internationalen Organisation. „Sie erodieren die Fähigkeit der Gerichte, unabhängig zu agieren, andere Staatsgewalten zu kontrollieren und die Menschenrechte zu schützen.“



**IMRAN MUKHTAR**  
ist Journalist und lebt in  
Islamabad.

[imranmukhtar@live.com](mailto:imranmukhtar@live.com)



Gebäude des Supreme Court in Islamabad.



**Proteste europäischer Bauern gegen das EU-Mercosur-Abkommen in Brüssel im Februar.**

folgreicher als Lateinamerika mit Importsubstitution.

Die Kritik von zivilgesellschaftlicher Seite ist teils berechtigt, erweckt aber andererseits den Eindruck, ein Stopp des Abkommens könne die Umwelt- und Menschenrechtsprobleme beenden. Dazu bedarf es jedoch vor allem einer konsequenten Politik in den Mercosur-Ländern selbst. Ein Stopp des Abkommens hingegen beträfe nur den Handel mit der EU und die dadurch ausgelösten Zuwächse. Sehr viel effektiver sind ein genereller Importstopp der EU für Produkte aus Entwaldung (beschlossen) und ein genereller Exportstopp der EU für gefährliche Pestizide (ausstehend).

Darüber hinaus sollte die zivilgesellschaftliche Kritik wichtigen entwicklungs-politischen Anliegen Rechnung tragen. Es wird seit langer Zeit gefordert, dass die EU ihren Binnenmarkt für Agrarimporte aus dem globalen Süden öffnet. Wenn das Abkommen in seiner gegenwärtigen Form von einigen EU-Staaten abgelehnt wird, dann nicht aus Sorge um Klima und Umwelt, sondern vor allem wegen der Partikularinteressen der Agrarlobby in diesen Ländern.

Sollte das Abkommen nach mehr als 20 Jahren Verhandlungen doch noch scheitern, wäre damit eine große Chance für eine vertiefte Nord-Süd-Kooperation mit Beteiligung der EU vertan. China und die USA werden in diese Lücke stoßen. Ob damit den Anliegen der Zivilgesellschaft gedient ist, darf bezweifelt werden. Darüber hinaus kann dem developmentpolitischen Diskurs hierzulande schwerer Schaden zugefügt werden. Das Abkommen als „Giftvertrag“ zu bezeichnen, wie dies Greenpeace in einer Kampagne im Jahr 2023 getan hat, ist nicht nur unglücklich, sondern gefährlich. Es wäre fatal, wenn auf diese Weise die rechtspopulistische Polemik gegen die Zusammenarbeit mit dem globalen Süden befeuert würde. Insofern sollten sich die zivilgesellschaftlichen Organisationen für eine Verbesserung des Abkommens einsetzen – nicht für dessen Stopp.



**GEORG SCHÄFER**  
ist Experte für nachhaltige  
Wirtschaftsentwicklung,  
Beschäftigungsförderung und  
Armutsbekämpfung. Er war

lange in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit tätig.

[geo.schaefer@t-online.de](mailto:geo.schaefer@t-online.de)

GLOBALER HANDEL

## Nicht stoppen, besser machen

**Das avisierte Handelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur birgt Chancen für vertiefte Kooperation. Für Kritikpunkte der Zivilgesellschaft gibt es bessere Lösungen als einen Abbruch der Gespräche.**

Von Georg Schäfer

Die Verhandlungen zwischen der EU und dem Gemeinsamen Südamerikanischen Markt (Mercosur – Mercado Común del Sur, Vollmitglieder: Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) über ein Handelsabkommen begannen im Jahr 1999 und sind noch immer nicht abgeschlossen. Die EU drängt darauf, dass sich der Mercosur zur Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards verpflichtet. Insbesondere soll die Abholzung des Amazonas-Regenwalds gestoppt werden. Weiterhin befürchten einige EU-Länder negative Auswirkungen des Abkommens auf ihre Landwirtschaft. Die Mercosur-Länder hingegen möchten sich ihre Umwelt- und Sozialpolitik nicht von der EU vorschreiben lassen.

Das Abkommen zielt auf die Schaffung einer Freihandelszone zwischen beiden Wirtschaftsräumen, die gemeinsam einen Markt von mehr als 700 Millionen Menschen bilden. Laut einer für die EU erstellten Analyse wird der Warenaustausch deutlich steigen. Beim Mercosur dominieren

die Zunahme landwirtschaftlicher und bei der EU industrieller Ausfuhren. Die Effekte des Abkommens auf das Bruttoinlandsprodukt werden als gering, aber positiv für beide Seiten eingeschätzt.

Das geplante Abkommen wird von zivilgesellschaftlicher Seite scharf kritisiert, etwa von Misereor und Greenpeace. Es reproduziert für Lateinamerika die koloniale Logik des ewigen Rohstofflieferanten und Importeurs von Industriegütern. Durch steigende Fleischexporte und zunehmenden Soja- und Zuckerrohranbau würden Umweltzerstörung, Gewässerverschmutzung und Pestizideinsatz verstärkt. Das Abkommen verschärft damit Klimakrise und Artenverlust. Kleinbauern und -bäuerinnen sowie Indigene würden von ihrem Land vertrieben.

Entgegen dieser Einschätzung ist das qualitative Ungleichgewicht im Handel zwischen EU (Industrieerzeugnisse) und Mercosur (Agrarerzeugnisse) aber nicht Ergebnis des Abkommens, sondern der aktuellen Zustand vor dem Abkommen. Kurzfristig wird der geplante Zollabbau diese Spezialisierung verstärken. Langfristig aber kann der kostengünstigere Zugang der Mercosur-Länder zu Vorprodukten neue Möglichkeiten schaffen, industrielle Wertschöpfung dorthin zu verlagern. Ostasien war mit Exportorientierung wesentlich er-

# Abonnieren Sie E+Z auf WhatsApp

Folgen Sie diesem Link, um zu unserem WhatsApp-Kanal zu gelangen:

<https://www.whatsapp.com/channel/0029VadzDFx002T9AJLmq31U>



Wir werden hier unseren aktuellen Content und auch ältere, wichtige Beiträge teilen. Auch ein Quiz oder eine kleine Umfrage kann gelegentlich dabei sein.

E+Z ist darüber hinaus präsent auf LinkedIn, Facebook und [www.twitter.com](https://www.twitter.com) (X)



D+C Development and Cooperation



D+C Development and Cooperation



@forumdc

SCHWERPUNKT

# Koloniales Erbe

**Der vergessene arabische Sklavenhandel**

Von Bob Koigi (S. 21)

**Großbritannien und Frankreich unterdrückten Westafrika gleichermaßen**

Von Baba G. Jallow (S. 23)

**Entschuldigungen reichen nicht**

Von Lawrence Kilimwiko (S. 25)

**Folgen des deutschen Kolonialismus**

Von Jörg Döbereiner (S. 26)

**Rassismus und Umweltzerstörung in Brasilien wurzeln in der Kolonialzeit**

Von André de Mello e Souza (S. 29)

**Institutionen des British Empire prägen Pakistan weiterhin**

Von Muhammad Nawfal Saleemi (S. 31)

**Opiumkriege machten die Briten reich**

Von Hans Dembowski (S. 33)

Wolken über dem  
Victoria Memorial in  
Kalkutta.



**Skavlenhandel-  
Denkmal in Sansibar.**

## SKLAVEREI

# Der vergessene Handel

**Der transatlantische Skavlenhandel hatte verheerende Folgen für Afrika und prägt den Kontinent bis heute. Oft wird übersehen, dass auch der arabische Skavlenhandel Millionen von Afrikaner\*innen furchtbares Leid zufügte.**

Von Bob Koigi

Seit dem siebten Jahrhundert und damit 13 Jahrhunderte lang wurden zwischen zehn und 18 Millionen Afrikaner durch die Sahara und den Indischen Ozean in die arabische Welt verschleppt – vor allem auf die arabische Halbinsel, nach Nordafrika und in andere Teile des Nahen Ostens. Dieser Handel hat bis heute geopolitische Folgen.

Während der transatlantische Handel vor allem auf Afrikas Westküste abzielte, spielte sich der arabische Skavlenhandel schon früher an der Ostküste und auf den Transsahararouten ab. Die europäischen Kolonialmächte kannten die arabischen Handelsnetze und integrierten sie in ihre kolonialen Pläne. Die kolonialen Grenzen

und politischen Einheiten in Afrika wurden von den bestehenden Handelsrouten und der durch den Skavlenhandel geprägten regionalen Machtdynamik beeinflusst.

Millionen von Afrikaner\*innen wurden vertrieben, in mehreren Regionen ging dadurch die Bevölkerung massiv zurück. Unter fürchterlichen Bedingungen wurden Menschen aus Ost- und Zentralafrika über den Indischen Ozean gebracht.

Für viele Sklav\*innen begann die Reise in Sansibar. Das Archipel vor der Küste des heutigen Tansanias wurde zum Knotenpunkt im Skavlenhandelsnetz, das Ostafrika mit dem Nahen Osten und dem Persischen Golf verband.

Die Inseln befanden sich vom Ende des 17. Jahrhunderts an bis zu ihrer Unabhängigkeit 1963 unter der Herrschaft der omanischen Sultansfamilie. Sansibar war nicht nur Zentrum für Skavlenhandel, sondern auch für Güter wie Nelken und Elfenbein, die in die arabische Welt gebracht wurden.

Eine alternative Route für Sklav\*innen aus verschiedenen Regionen führte durch

die Sahara. Die Reise konnte Monate dauern. Auch hier waren die Bedingungen brutal: extreme Hitze, Wassermangel und Unterernährung forderten ihren Tribut. Schätzungsweise die Hälfte aller Sklav\*innen starben, ehe sie ihr Ziel erreichten.

Transatlantisch wurden vor allem starke Männer gehandelt, die auf Farmen arbeiten sollten. Arabische Händler nahmen vor allem Frauen und Mädchen für das Konkubinat und zur sexuellen Ausbeutung in Harems gefangen. Weibliche Skavlen waren gefragt, so dass die Händler viel Geld verlangen konnten. Auf drei gefangene Frauen kam ein Mann.

Ein besonders brutaler Aspekt des arabischen Skavlenhandels war, dass männliche Skavlen kastriert und zeugungsunfähig gemacht wurden, insbesondere jene, die als Palastwächter oder Soldaten dienten. Kastrierte Männer galten als zuverlässiger und weniger anfällig für Rivalitäten.

## WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE FOLGEN

Wirtschaftlich hatte der arabische Skavlenhandel enorme Folgen, die in den betroffenen Regionen bis heute nachwirken. Sansibar etwa profitierte zunächst von der Sklaverei. Langfristig machte der Handel den Archipel jedoch wirtschaftlich abhängig von Skavlenarbeit und den dazugehöri-

gen Industrien, etwa den Nelkenplantagen. Auch nach Abschaffung des Sklavenhandels blieb Sansibar partiell von der Plantagenwirtschaft abhängig, was eine breitere wirtschaftliche Entwicklung behinderte.

Dadurch, dass ein Großteil der Arbeitskraft fehlte, wurden in anderen ostafrikanischen Regionen landwirtschaftliche Produktion und Handel beeinträchtigt. In Westafrika war das durch den transatlantischen Sklavenhandel noch gravierender.

Der Sklavenhandel beeinträchtigte auch soziale Strukturen und die Kultur in den jeweiligen Regionen enorm. Weil viele Menschen gefangen genommen und versklavt wurden, zerbrachen traditionelle Familienstrukturen. In Ostafrika zerschlug die Verschleppung junger Männer und Frauen Familienbande und sozialen Zusammenhalt. In Westafrika erzeugte die ständige Bedrohung durch Beutezüge zur Beschaffung weiterer Sklav\*innen Angst und Instabilität, was die Gesellschaften aushöhlte.

Durch den Zustrom versklavter Afrikaner\*innen in die arabische Welt mischten sich die Kulturen, aber afrikanische kulturelle Praktiken wurden marginalisiert. Afrikanische Sklav\*innen mussten oft ihre kulturelle Identität aufgeben, und ihre Nachkommen wurden in neue kulturelle Kontexte assimiliert.

## LANGFRISTIGE GEOPOLITISCHE FOLGEN

„Die wirtschaftlichen und politischen Vorteile, die arabische Händler erlangten, wirkten sich auf koloniale Grenzen und regionale Machtstrukturen aus“, sagt Oscar Otieno vom Fachbereich für Geschichte und Archäologie der Universität Nairobi (UoN). „Die historischen Handelsmuster prägen die Geopolitik bis heute.“

„Historische Missstände und Stereotypen, die auf jahrhundertelanger Ausbeutung beruhen, tragen zu aktuellen diplo-



matischen und sozialen Spannungen bei, besonders zwischen nordafrikanischen Ländern und jenen südlich der Sahara“, sagt Salah Trabelsi, Dozent und Wissenschaftler an der Forschungs- und Studiengruppe für den Mittelmeerraum und den Nahen Osten der Université Lumière Lyon 2.

Ein Beispiel dafür sind die Migrationsströme aus Subsahara-Afrika in die nordafrikanischen Länder und die Bedingungen, unter denen die Migrant\*innen dann dort leben müssen. Diese sind durch Diskriminierung und Missbrauch gekennzeichnet, was als Erbe der historischen Ausbeutung betrachtet werden kann.

Historische, während des arabischen Sklavenhandels entstandene Handelsrouten beeinflussen auch Wirtschaftsbeziehungen zwischen der arabischen Halbinsel und Afrika noch heute. Das große wirtschaftliche Interesse von Ländern wie Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten an Afrika wurzelt in dieser Historie.

## WIEDERGUTMACHUNG

Fachleute bezeichnen den Sklavenhandel als „verschleierte Völkermord“. Dieser Begriff spiegelt die grausamen Erniedrigungen und Bedingungen wider, denen Sklav\*innen ausgesetzt waren, von ihrer anfänglichen Gefangennahme und dem Verkauf auf den Märkten bis hin zu der zermürbenden Arbeit, die sie im Ausland verrichten mussten, und den qualvollen Reisen dazwischen.

Obwohl formale Reparationen für den arabischen im Vergleich zu denen für den transatlantischen Sklavenhandel weniger im Vordergrund stehen, gibt es laufende Diskussionen über die Anerkennung dieser historischen Ungerechtigkeiten und die Unterstützung der betroffenen Gemeinschaften. Dabei geht es vor allem um die Beseitigung der aus der historischen Ausbeutung resultierenden sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten.

Dies ist etwa angesichts der Diskriminierung und des Missbrauchs wichtig, die Afrikaner\*innen heute in Nordafrika und als billige Arbeitskräfte im Nahen Osten erleben – als Haushaltshilfen bei reichen Familien aus den Emiraten oder auf Baustellen in Katar.

Nach Ansicht von Otieno von der UoN erfordert die Lösung dieser Probleme die Anerkennung des historischen Kontextes und die Verpflichtung, die Folgen der Aus-

„Obwohl formale Reparationen für den arabischen im Vergleich zu denen für den transatlantischen Sklavenhandel weniger im Vordergrund stehen, gibt es laufende Diskussionen über die Anerkennung dieser historischen Ungerechtigkeiten und die Unterstützung der betroffenen Gemeinschaften.“

beutung zu beseitigen. „Es ist notwendig, die historischen Narrative der betroffenen Gemeinschaften zu bewahren und weiterzugeben und zugleich Plattformen für stetigen Dialog und gegenseitigen Respekt zwischen den Nachkommen der Betroffenen zu schaffen,“ sagt er.

## MODERNE SKLAVEREI

In Mauretanien etwa wurde Sklaverei erst im 21. Jahrhundert offiziell abgeschafft. Und noch heute gibt es Berichte über Sklaverei. Der Kampf gegen moderne Formen der Ausbeutung, wie Menschenhandel und Zwangsarbeit, ist eine andauernde Herausforderung. Organisationen wie die Internationale Organisation für Migration (IOM), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und Anti-Slavery International unterstützen Opfer von Menschenhandel und arbeiten mit Regierungen zusammen, um politische Maßnahmen zu verbessern.

Patricia Umwe von der School of Development and Strategic Studies an der Maseno University Kenya betont: „Eine Auseinandersetzung mit dem Erbe des arabischen Sklavenhandels bedeutet nicht nur, das historische Unrecht anzuerkennen, sondern auch, moderne Formen der Ausbeutung und Diskriminierung zu bekämpfen. Die Lehren aus der Geschichte müssen in die heutigen Bemühungen um die Menschenrechte einfließen, damit vergangenes Unrecht nicht zu künftigem Leid führt.“



**BOB KOIGI**  
ist Entwicklungsjournalist.

[bobkoigi@gmail.com](mailto:bobkoigi@gmail.com)



**Vorkoloniale Beratungskultur: Ein Bambara-König aus dem 19. Jahrhundert stimmt sich mit den Ältesten ab.**

Ältesten oder Glaubensgelehrten beträchtlichen Einfluss auf lokale Angelegenheiten verliehen.

Einige Historiker sind der Ansicht, warrant chiefs hätten mehr Macht gehabt als chefs de canton, doch höchstwahrscheinlich war dies von Ort zu Ort verschieden. Jedenfalls gab es kaum grundlegende Unterschiede zwischen der britischen und französischen Kolonialpolitik.

Sowohl London als auch Paris waren der rassistischen Ansicht, die Europäer seien überlegen, und sahen sich auf einer zivilisatorischen Mission. Hauptsächlich aber wollten sie ihre Imperien aufbauen und afrikanische Ressourcen nutzen.

Da Steuerzahler\*innen in den imperialen Zentren nicht bereit waren, für die Verwaltung weit entfernter Kolonien zu zahlen, basierte „indirekte Herrschaft“ auf der Logik, die afrikanischen Kolonien müssten ihre eigene Verwaltung durch Handel und Steuern finanzieren. Im französisch kontrollierten Teil Westafrikas sah es letztlich genauso aus. Idee der französischen Assimilierung war aber, dass die Afrikaner\*innen von der Überlegenheit französischer Sprache und Kultur profitieren würden. Anders als bei den Briten sollten alle afrikanischen Untertanen französische Staatsbürger\*innen werden, um vollwertige Menschen zu sein. Diese Idee scheiterte.

Hätten alle kolonialen Untertanen volle Staatsbürgerschaft erhalten, wären die Franzosen und Französinen zur Minderheit im eigenen Land geworden. Ein afrikanischer Kandidat hätte leicht Präsident werden und im französischen Parlament hätte es eine Mehrheit afrikanischer Abgeordneter geben können. Beides war für die imperiale Macht nicht hinnehmbar.

Nur vier afrikanische, im heutigen Senegal gelegene Gemeinden, „communes“ genannt, wurden komplett französisch: Dakar, Goree, St. Louis und Rufisque. Ihre Einwohner\*innen wurden vollwertige Staatsbürger\*innen, aber alle anderen Afrikaner\*innen unter französischer Herrschaft blieben Untertanen ohne Wahlrecht oder andere Assimilierungsvorteile.

Die Franzosen waren bei der Abschaffung afrikanischer Regierungssysteme direkter. Die Briten versteckten sich hinter dem Deckmantel der „indirekten Herrschaft“ und stützten sich ein Stück weit auf afrikanische Strukturen, während die Franzosen diese durch Kantone und Präfekturen

## GOVERNANCE

# Unterdrückerische „Zivilisierung“

**Britische und französische Formen der Kolonialherrschaft in Westafrika waren nicht identisch, aber recht ähnlich. Auch ihr Erbe der autoritären Verwaltung gleicht sich.**

Von **Baba G. Jallow**

Im späten 19. Jahrhundert teilten europäische Mächte Afrika auf und gründeten Kolonien (siehe Kasten). Großbritannien und Frankreich übernahmen die Herrschaft über Westafrika mit Ausnahme kleinerer portugiesischer Kolonien: das heutige Guinea-Bissau und die Kapverdischen Inseln.

Die Kolonialmächte brachten afrikanische Herrscher dazu, „Freundschafts- und Schutzverträge“ zu unterzeichnen, und übertrugen so die Kontrolle über ganze Königreiche auf Europa. Gab es kein Einverständnis, nutzten sie Militärgewalt. Ihr Interesse galt vor allem der Rohstoffgewinnung.

Britische und französische Herrschaft liefen zwar nicht identisch ab, aber recht ähnlich. Die Briten sprachen von „indirekter Herrschaft“, die Franzosen von „Assimilation“. Beide sahen Afrika als dunklen Kontinent, der das Licht der westlichen Zivilisation brauche.

Die Briten meinten, Afrikaner\*innen könnten am besten durch ihre eigenen traditionellen Regierungssysteme regiert werden. Vorgeblich durften sie sich selbst regieren – wenn auch unter britischer Kontrolle – und traditionelle Bräuche erhalten.

Das war aber leeres Geschwätz, denn es blieben nur jene afrikanischen Herrscher an der Macht, die sich den Briten komplett unterwarfen. Alle anderen ersetzten die Kolonialherren durch „warrant chiefs“ – oft Personen mit niederem Status in der afrikanischen Gesellschaft, teils sogar Ausgestoßene, die normalerweise nie in die Nähe einer Führungsposition gekommen wären.

Analog dazu ernannten auch die Franzosen Häuptlinge, genannt „chefs de canton“. Beide waren vor allem zuständig für:

- die Erhebung von Steuern für die Kolonialverwaltung,
- die Regulierung des Handels und
- die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, was aber tatsächlich nur der Dominanz der Kolonialmacht diente.

Warrant chiefs und chefs de canton waren angestellte Bedienstete der Kolonialverwaltung. Sie verdankten ihre Autorität nicht den Afrikaner\*innen, über die sie herrschten, sondern den Kolonialbehörden, die sie ernannt hatten. Sie konnten beliebig entlassen und ersetzt werden. Zugleich konnten sie davon ausgehen, dass ihre Vorgesetzten sich kaum in lokale Fragen einmischten. Tatsächlich waren sie sogar mächtiger als ihre vorkolonialen Vorgänger. Warrant chiefs und chefs de canton waren der Bevölkerung gegenüber nicht rechenschaftspflichtig und nicht durch Traditionen des Beratens eingeschränkt, die

ersetzen. Diese Verwaltungseinheiten bestehen überwiegend unverändert bis heute.

### WILLKÜRliche GRENZEN

Nur wenige der Häuptlingstümer oder Königreiche überlebten die europäische Aufteilung in ihrer ursprünglichen Struktur – was die traditionellen Regierungssysteme weiter untergrub. Die Grenzzieher teilten die afrikanischen Gemeinschaften und ethnischen Gruppen wahllos auf. Plötzlich wurden Menschen, die eine Sprache und Kultur teilten, von unterschiedlichen Kolonialmächten regiert. Briten wie Franzosen blieben natürlich bei ihrer eigenen Sprache, ihrem eigenen Rechtssystem und ihren eigenen Verwaltungskonzepten.

Die Folgen sind bis heute spürbar. So wird Wolof in Senegal und Gambia gesprochen, Ewe in Ghana und Togo und Hausa in

Niger und Nigeria. In Senegal, Togo und Niger ist Französisch Amtssprache, in den anderen drei Ländern Englisch. Weitere Beispiele für willkürliche koloniale Grenzen, die ethnische Gemeinschaften entzweiten, gibt es zuhauf.

Diese Grenzen sind bis heute dysfunktional. Supranationale Organisationen wie die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS – Economic Community of West African States) und die Afrikanische Union (AU) haben wenig zur Verbesserung beigetragen. Bürger\*innen der ECOWAS-Mitgliedsländer haben jetzt zwar einen ECOWAS-Pass, aber der Personen- und Warenverkehr über die Grenzen bleibt schwierig, mit Steuern und Genehmigungen, die von Zoll- und Einwanderungsbehörden eingeholt werden müssen. Unterschiedliche Sprachen, Währungen und Gesetze erschweren die Lage zusätzlich. Nicht zuletzt behindern willkürliche Grenz-

kontrollen Reisen, Handel und Austausch im Bildungsbereich.

Westafrikanischen Regierungen ist ein starrer Souveränitätsgedanke nach wie vor geradezu heilig. Auch halten viele Politiker ihre Macht für grenzenlos und lassen der Öffentlichkeit, wie zuvor die Kolonialherren, kaum Mitspracherecht. Tatsächlich spuken die Geister des europäischen Kolonialismus weiterhin in Westafrika – und in anderen Teilen des Kontinents.



**BABA G. JALLOW**

ist Historiker und ehemaliger Exekutivsekretär der Kommission für Wahrheit, Versöhnung und

Wiedergutmachung (TRRC) in Gambia. Er ist Mitglied der Continental Reference Group on Transitional Justice der AU.  
gallehb@gmail.com

## Wettlauf um Afrika

In den 1880er- und 1890er-Jahren beteiligten sich mehrere europäische Mächte am „Wettlauf um Afrika“ („Scramble for Africa“), der Teil eines globalen Prozesses von Landnahme und Kolonialisierung war. Vor 1880 beschränkte sich Europas Einfluss in Afrika meist auf Küstengebiete. Gegen 1900 stand fast die gesamte afrikanische Landmasse unter europäischer Hoheit.

Der Wandel war drastisch, nachhaltig und besiegelte das Schicksal von Millionen auf unbestimmte Zeit. Großbritannien und Frankreich bauten die größten Imperien in Afrika auf, aber auch Belgien, Deutschland, Portugal und Italien besaßen dort Kolonien.

Letztlich ging es um europäische Interessen. Wirtschaftlich fiel das Ende des atlantischen Sklavenhandels mit der industriellen Revolution in Europa zusammen. Mit dem

Wachstum des Fabriksystems wuchs auch die Nachfrage nach Rohstoffen. Überschussgüter wurden produziert und somit ausländische Märkte benötigt. Wegen der Überschussgewinne brauchte es zudem neue Absatzmärkte für Investitionen.

Seit Belgien, Italien und Deutschland zu Nationalstaaten geworden waren, wuchs in Europa der Nationalismus. Ihr Wille, Imperien aufzubauen, verunsicherte Großbritannien und Frankreich, vor allem nach

der französischen Niederlage im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71.

Der Andrang auf die Gebiete in Afrika hätte leicht zu Krieg führen können. Der deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck wendete das mit der berühmten Berliner Konferenz (November 1884 bis Februar 1885) ab, bei der die Imperialmächte den afrikanischen Kontinent unter sich aufteilten. Kein einziger Afrikaner war dabei und kein einziges afrikanisches Territorium vertreten. Was die afrikanische Bevölkerung wollte, spielte keine Rolle. Die Imperialmächte gaben

die Regeln vor und teilten den Kontinent auf.

Eine Regel war: Sobald eine europäische Macht Anspruch auf afrikanisches Land erheben wollte, musste sie die anderen Mächte sofort informieren. Jeder Gegenanspruch sollte gütlich geregelt werden. Eine weitere Regelung war, dass, sobald eine europäische Macht ein afrikanisches Gebiet annektiert hatte, sie es besetzen und Verwaltungsstrukturen aufbauen musste.

In Berlin wurde auch vereinbart, dass alle europäischen Mächte ihre Einfluss- und Kontrollbereiche weitmöglichst ausdehnen dürften, solange sie keiner anderen europäischen Macht ins Gehege kämen. Schließlich wurde allen europäischen Mächten das Recht eingeräumt, die Flüsse Kongo und Niger ungehindert zu befahren. Die europäischen Streitigkeiten und Scharmützel über dieses Recht waren ein wesentlicher Auslöser für die Berliner Konferenz gewesen.



**Zeitgenössische Karikatur von Bismarck.**





**Bundespräsident Steinmeier mit Nachfahren der Held\*innen des Maji-Maji-Aufstandes in Songea.**

renden Respekt und unserer Kultur gemäß bestatten können“, sagt er.

Die Nachfahren fordern auch finanzielle Entschädigung für den Kolonialismus und die damit verbundenen Grausamkeiten. Abdulkarim sagt: „Die Entschuldigung ist bedeutungslos, wenn die Familien nicht finanziell für das von den Kolonisten verursachte Leid entschädigt werden.“

Die Kolonisten waren Leute wie Carl Peters, ein rücksichtsloser und brutaler Kolonialverwalter, der für die Kolonisierung des damaligen Deutsch-Ostafrikas und der heutigen Länder Tansania, Burundi und Ruanda verantwortlich war. Wegen seiner Grausamkeit gegenüber der einheimischen Bevölkerung erhielt Carl Peters den Namen „mkono wa damu“ – Kiswahili für blutbefleckte Hände. Dass sein Name in Ostafrika bis heute unvergessen ist, unterstreicht die allgemeine Ansicht, dass Deutschland mehr tun muss, um seine kolonialen Verbrechen aufzuarbeiten.

Jene, die finanzielle Entschädigung für Tansania und andere afrikanische Länder fordern, verweisen auch auf deutsche Zahlungen nach dem Holocaust. Es ist dokumentiert, dass sich Deutschland 1952 mit Israel auf die Zahlung von rund 714 Millionen Dollar einigte, nachdem Israel eine Forderung im Zusammenhang mit der Umsiedlung von 500 000 Jüdinnen und Juden, die aus von den Nazis kontrollierten Ländern geflohen waren, gestellt hatte.

Zwischen 1904 und 1908 begingen deutsche Kolonisten einen Genozid an 24 000 bis 100 000 Ovaherero und 10 000 Nama im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia). Ovaherero und Nama kämpfen noch immer um eine angemessene Entschädigung für die getöteten Menschen.

WIEDERGUTMACHUNG

# Worte reichen nicht

**Vor einem Jahr reiste der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nach Tansania, um sich für die deutschen Gräueltaten während der Kolonialzeit zu entschuldigen. Das war ein Novum, aber genügt nicht.**

Von Lawrence Kilimwiko

„Ich bitte Sie um Vergebung für das, was Deutsche Ihren Vorfahren angetan haben“, sagte Steinmeier bei einer Zeremonie im Oktober 2023 im Maji Maji Memorial Museum in Songea im Süden Tansanias. Songea ist nach Chief Songea Mbano benannt – einem der 60 Oberhäupter der Ngoni, die sich gegen die Fremdherrschaft widersetzt hatten und 1906 an einem einzigen Tag von deutschen Kolonisten hingerichtet wurden.

Steinmeier stand vor ihren Gräbern, als er sich entschuldigte. Die Oberhäupter waren im Zuge des sogenannten Maji-Maji-Aufstands zwischen 1905 und 1907 hingerichtet worden. Dabei starben bis zu 300 000 Menschen. Die meisten verhungerten, denn die Deutschen gingen mit „verbrannter Erde“ gegen den Widerstand vor – sie brannten Felder und Ernten nieder, sodass die Menschen nichts mehr zu essen hatten. Der Maji-Maji-Aufstand ist auch heute noch ein wichtiger Teil des historischen Selbstverständnisses Ostafrikas und

gehört zum Geschichtsunterricht schon in der Grundschule.

Mit Steinmeier bekannte sich erstmals ein deutsches Staatsoberhaupt öffentlich zu den kolonialen Gräueltaten seines Landes. Die Entschuldigung blieb jedoch hinter den Forderungen nach Wiedergutmachung, Entschädigung und vor allem Rückgabe der sterblichen Überreste der ethnischen Führungsfiguren zurück, von denen sich die meisten noch in Deutschland befinden.

Der Schädel von Häuptling Songea ist einer von zahlreichen Köpfen, die die Deutschen abgetrennt und nach Deutschland verschifft haben (siehe Kasten). Steinmeiers Rede legte dar, dass dieser noch nicht gefunden wurde – die Identifizierung von „vielleicht Tausenden von Schädeln“ in Museen und anthropologischen Sammlungen ist selbst für Fachleute eine Herausforderung.

## WIEDERGUTMACHUNG UND RÜCKFÜHRUNG

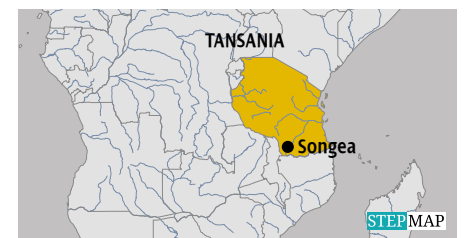
Die Nachkommen der Opfer der Kolonialherrschaft wollen heute ganz klar mehr als Worte. Sie fordern Entschädigungen und die Rückführung der sterblichen Überreste ihrer Oberhäupter und Vorfahren.

Der 90-jährige Haji Abdulkarim ist ein Enkel Chief Songeas. „Sie sollten alle Schädel und sterblichen Überreste zurückgeben, damit wir unsere Vorfahren mit dem gebüh-



**LAWRENCE KILIMWIKO**  
ist Journalist in Daressalam.

[lkilimwiko@yahoo.com](mailto:lkilimwiko@yahoo.com)



## Keine Kapitulation vor den Deutschen

Einer der wenigen zurückgegebenen Schädel aus der riesigen Menge menschlicher Überreste, die während der Kolonialherrschaft über das heutige Tansania nach Deutschland gebracht wurden (siehe Haupttext), ist der Schädel von Chief Mkwawa, einem Oberhaupt der Hehe. Er wurde 1953 in einem Museum in Bremen gefunden, wo er seit 1898 aufbewahrt wurde. Ein Jahr später wurde der Schädel zurückgebracht und steht nun in Kalenga in der Hehe-Region in einem Museum auf einem Sockel hinter einer Glasvitrine.

Mkwawa widersetzte sich der deutschen Herrschaft

jahrelang hartnäckig. Er erklärte, dass er lieber bis zum Äußersten kämpfen würde, als sich zu unterwerfen, und dass er lieber durch seine eigene Waffe sterben würde, als sich zu ergeben. Genau das tat er. Aufzeichnungen zufolge wurde 1898 ein Kopfgeld auf ihn ausgesetzt. Als sich im Juli 1898 der deutsche Hauptfeldwebel Johann Merkl Mkwawas Versteck näherte, waren Schüsse zu hören, wie er berichtete. Einer der beiden Toten, die man am Lagerfeuer fand, wurde als Chief Mkwawa identifiziert. Die Kolonisten trennten ihm den Kopf ab und brachten diesen

nach Deutschland. In Ostafrika verstehen viele bis heute nicht, warum die Deutschen so akribisch enthaupteten und so viele menschliche Schädel und Knochen mit nach Hause nahmen.

Chief Mkwawas Schädel wurde interessanterweise vor allem auf Drängen Edward Twinings, Kolonialgouverneur des dann britisch kontrollierten Tanganjikas, zurückgegeben. Ihm ging es um britische Interessen: Er versuchte die Hehe zu besänftigen, weil er sie zur Niederschlagung des Mau-Mau-Aufstandes in der benachbarten britischen Kolonie Kenia einsetzen wollte. Durch die Rückgabe des Schädels glaubte Twining sie dazu bewegen zu können, sich den King's African Rifles anzuschließen, einem Regiment, das aus den

britischen Kolonien in Ostafrika aufgestellt worden war. Sie sollten dann mit der Armee nach Kenia geschickt werden, um dort die Mau-Mau-Freiheitskämpfer\*innen zu bezwingen. LK



Chief Mkwawa.

Foto: picture-alliance/dpa/Carola Frentzen

### DEUTSCHER KOLONIALISMUS

## Im Schatten der Vergangenheit

**In einem neuen Buch analysiert der Entwicklungssoziologe Henning Melber den Umgang Deutschlands mit der eigenen Kolonialgeschichte vom Kaiserreich bis in die Gegenwart. Er blickt auf Erfolge und Rückschläge und plädiert für eine selbstkritische Auseinandersetzung, die die Anliegen der Unterdrückten ernst nimmt.**

Von Jörg Döbereiner

In der BRD, der DDR und dem vereintem Deutschland überdeckte die Monstrosität des Holocaust lange die Tatsache, dass der deutsche Nationalstaat bereits vor der Na-

zeit folgenschwere Verbrechen beging: als Kolonialmacht in Afrika, Asien und im Pazifik von 1884 bis zum ersten Weltkrieg. Verglichen mit der Aufarbeitung der NS-Zeit – und auch der DDR – kam diesem Kapitel der deutschen Geschichte im öffentlichen Diskurs und in den Lehrplänen von Bildungseinrichtungen allenfalls eine Nebenrolle zu.

Vielen Deutschen dürften deshalb die Ausmaße der kolonialen Vergangenheit ihres Landes kaum bewusst sein. Dabei ist diese mittlerweile gut erforscht, wie allein das umfangreiche Literaturverzeichnis in Henning Melbers Buch „The Long Shadow of German Colonialism“ beweist. Melber

kritisiert, diese Erkenntnisse würden in Politik und Öffentlichkeit größtenteils marginalisiert oder ignoriert.

Der deutsch-namibische Politikwissenschaftler und Entwicklungssoziologe, seit Langem Autor bei E+Z/D+C, versteht sich als Wissenschaftler und Aktivist. Er bezieht in seinem Buch Stellung: für jene, die koloniales Unrecht erfuhren und deren Nachfahren noch heute unter den Auswirkungen leiden – und gegen „Amnesie, Verleugnung und Revisionismus“, so der Untertitel des Buches.

Ein beliebtes Narrativ zur deutschen Kolonialgeschichte lautet, sie sei doch eigentlich eher harmlos verlaufen, insbesondere verglichen mit der englischen, französischen, spanischen oder portugiesischen. Tatsächlich aber waren Ausmaß und Brutalität des deutschen Kolonialismus immens: Weit mehr als eine Million Einheimische verloren in kriegerischen Auseinandersetzungen.

zungen ihr Leben, und eine noch größere Zahl an Existenzen wurde zerstört oder erheblich beeinträchtigt, wie Melber bilanziert. Die politischen, ökonomischen und kulturellen Einschnitte wirken sich heute noch auf Nachfahren aus.

Besonders brutal herrschten die Deutschen in Südwafrika, dem heutigen Namibia. Der Kolonialgeschichte dort widmet Melber ein längeres Kapitel. Von zentraler Bedeutung ist der Völkermord an den ethnischen Gruppen der Herero und Nama im Vernichtungskrieg von 1904 bis 1908. In Deutschland diskutierte man lange darüber, ob das, was dort geschah, überhaupt als Genozid zu bezeichnen sei. Erst 2015 sprach die Bundesregierung erstmals von Völkermord.

Melber analysiert die deutschen Zögerlichkeiten, die Reaktionen in Namibia und die Entwicklung des deutsch-namibischen Verhältnisses. Die „Gemeinsame Erklärung“ der beiden Länder aus dem Jahr 2021 zur Aufarbeitung der deutschen Kolonialverbrechen ist für ihn eine „tragische verpasste Chance, behaftet mit Mängeln“. Er greift insbesondere die Kritik von Vertreter\*innen von Nachfahren der Unterdrückten auf, sie würden nicht ausreichend gehört, weder in Deutschland noch im eigenen Land.

**DIE EIGENE SICHTWEISE REFLEKTIEREN**

Ihre angemessene Einbindung ist ein zentrales Anliegen Melbers, der als Sohn deutscher Einwanderer 1967 nach Namibia zog. Er thematisiert die eigene, westlich geprägte Perspektive auf die koloniale Vergangenheit. Diese könne bestehende Ungleichheiten potenziell fortschreiben. „Wir können und sollten uns nicht die Leiden und Traumata anderer zu eigen machen, die wir selbst nie erleben konnten oder werden. Aber wir können dazu beitragen, solches Leid und Trauma bekannt zu machen (...). Dieses Unterfangen erhebt nicht den Anspruch, für die Opfer zu sprechen, sondern will fragen, wie wir unsere Vergangenheit besser bewältigen können, als bescheidener Versuch, uns auf die Seite derer zu stellen, die viel zu lange haben einstecken müssen, ohne den Anspruch zu erheben, sich neben sie einzureihen.“

Entsprechend liegt Melbers Fokus auf den Deutschen und ihrem Umgang mit der eigenen Vergangenheit. Den deutschen

„Melber zeichnet das Bild einer Gesellschaft, die sich trotz mancher Fortschritte ihrer Verantwortung im Hinblick auf die Kolonialzeit nur zögerlich stellt und diese in Teilen weiterhin verweigert.“

Kolonialismus verortet er im historisch-politischen Zusammenhang: Er zieht Verbindungen zwischen Kolonial- und Nazizeit, wirft einen Blick auf die Behandlung des Kolonialismus in der BRD und der DDR und beleuchtet gegenwärtige Diskussionen über Reparationszahlungen, die Restitution von Kulturgütern und die Umbenennung von Straßen, die Namen deutscher Kolonialverbrecher tragen. Dabei wird klar: Es hat sich einiges getan, nicht zuletzt dank der Arbeit postkolonialer Initiativen, wissenschaftlicher Forschung und dem wiederholten Aufgreifen in Kunst und Kultur. Das Thema Kolonialismus ist in Deutschland heute präsenter als früher, wobei es auch an revisionistischen Stimmen nicht fehlt, wie Melber am Beispiel der AfD zeigt.

Melber zeichnet das Bild einer Gesellschaft, die sich trotz mancher Fortschritte ihrer Verantwortung im Hinblick auf die Kolonialzeit nur zögerlich stellt und die

se in Teilen weiterhin verweigert. Um ein besseres Verständnis zu entwickeln, ist ihm zufolge eine „neue, selbstkritische, reflexive Orientierung und Positionierung im Schatten der Kolonialgeschichte“ nötig. Es gelte, das eigene Weltbild zu hinterfragen und den Erfahrungen der „anderen“ Platz einzuräumen.

Jenseits von Fakten und Analysen, schreibt Melber, benötige Vergangenheitsbewältigung ein „menschliches Gesicht“, etwa persönliche Zugänge und Schilderungen, Interaktionen auf zwischenmenschlicher Ebene sowie Mitgefühl, Wertschätzung und Respekt. Allerdings sei Versöhnung als kollektiver Prozess nicht möglich, solange die Nachfahren derer, die Unrecht erlitten haben, nicht angemessen berücksichtigt würden.

Blickt man unter diesem Gesichtspunkt auf das deutsch-namibische Verhältnis, ist der Weg heraus aus dem Schatten noch weit.

**BUCH**

Melber, H., 2024: *The Long Shadow of German Colonialism*. Hurst & Company, London.



**JÖRG DÖBEREINER**  
ist Chef vom Dienst bei E+Z/  
D+C.

[euз.editor@dandc.eu](mailto:euз.editor@dandc.eu)



Gedenkstein für den Genozid an den Herero und Nama auf Shark Island, Namibia.



[www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation](http://www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation)



## D+C Development and Cooperation

Sustainable development requires global awareness and local action.

Media Production - Frankfurt am Main - 1K followers - 11-50 employees

+ Follow

Visit website

More

Home

About

Posts

Jobs

People

### Page posts



D+C Development and Cooperation

1,163 followers

3w •

🌱 Humankind has been producing enough food to feed everyone. Nonetheless, about 10% ...see more

#### CLIMATE FINANCE

How long-standing promises still remain unfulfilled

#### EXPERT INSIGHTS

What brings about a nation's successful development

#### GAZA CRISIS

International media assess consequences of Hamas terrorism



D+C November Digital Monthly on food security

34 pages

👍❤️ 13 · 3 reposts



Like



Comment



Repost



Send

**Folgen Sie  
uns auf  
LinkedIn!**

**Liebe Leser\*innen,**

wir laden Sie herzlich ein, uns auf LinkedIn zu folgen, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Sie finden uns unter **[www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation](http://www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation)**

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website **[www.dandc.eu](http://www.dandc.eu)** hin.

BRASILIEN

# Koloniale Altlasten und gegenwärtige Herausforderungen

**Brasilien kämpft mit sozialen Spannungen, Ungleichheit und Umweltzerstörung – Probleme, die in der kolonialen Vergangenheit wurzeln. Der anhaltende Einfluss des portugiesischen Kolonialismus steht weiterhin dem Gemeinwohl und dem Schutz der Ökosysteme im Weg und erhält strukturellen Rassismus aufrecht.**

Von André de Mello e Souza

Brasilien ist seit 1822 politisch unabhängig und war seit dem frühen 16. Jahrhundert Kolonie. Die Kolonialherrschaft dauerte dort also erheblich länger, als die Unabhängigkeit bisher währt.

Das schädlichste und nachhaltigste Erbe des Kolonialismus ist zweifellos die Sklaverei. Rund 350 Jahre lang wurden

schwarze Afrikaner\*innen nach Brasilien gebracht, um auf Zucker-, Baumwoll- und Kaffeeplantagen sowie im Goldbergbau zu arbeiten. Brasilien war die wohl größte Sklavenkolonie der Geschichte – und das letzte Land der westlichen Hemisphäre, das die Sklaverei abschaffte, im Jahr 1888.

Die Sklaverei hatte bleibende Auswirkungen auf Brasilien und die dortige soziale und wirtschaftliche Ungleichheit sowie den Rassismus. Noch immer steht Brasilien oft auf den oberen Plätzen internationaler Ungleichheitsrankings, etwa gemessen am Gini-Koeffizienten. Oligarchen nehmen nach wie vor Einfluss auf den Staat, beeinflussen Gesetze und zweigen Ressourcen ab, selbst unter den jüngsten linken Regierungen wie der gegenwärtigen unter Luiz Inácio Lula da Silva.

Mythen über vermeintlich „wohlwollende“ portugiesische Sklavenhalter und eine „brasilianische Rassendemokratie“ halten sich hartnäckig. Zwar war der Rassismus in Brasilien im Gegensatz zu Südafrika oder den USA niemals gesetzlich verankert. Dennoch sind Schwarze in Führungspositionen, an Eliteschulen und in gut bezahlten Jobs immer noch unterrepräsentiert. Im Schnitt haben sie ein niedrigeres Bildungsniveau und verdienen weniger als Weiße in ähnlichen Positionen. Sozioökonomische Daten und andere Forschungsergebnisse zeigen, dass struktureller Rassismus fortbesteht. Er kann nicht verstanden werden, ohne das Erbe der Sklaverei anzuerkennen.

Die Erfahrungen in Südafrika und den USA zeigen nur allzu gut, wie schwer es ist, Rassismus zu überwinden. In diesen Ländern kommen neben der Sklaverei noch Jahrzehnte der Apartheid beziehungsweise von Jim-Crow-Gesetzen hinzu. Mit den Jim-Crow-Gesetzen wurde die Rassentrennung in den südlichen US-Bundesstaaten vom späten 19. Jahrhundert bis in die 1960er-Jahre hinein durchgesetzt.

## WIRTSCHAFTLICHE FOLGEN DER UNGLEICHHEIT

Wirtschaftshistoriker\*innen zufolge ist die Ungleichheit in Lateinamerika mitverantwortlich für Brasiliens langsame Entwicklung, insbesondere im Vergleich zu den USA und Kanada. Beliebte ist der Vergleich zwischen Brasilien und den USA – beides zwei große Ex-Kolonien in Amerika, die sich aber in unterschiedliche Richtungen entwickelten. Während sich im Nordosten der USA vor allem Kleinbäuer\*innen ansiedelten, wurden in Brasilien und im Süden der USA Plantagen angebaut, auf denen sowohl Sklav\*innen als auch die Natur ausgebeutet wurden.

Ungleichheit hat viele negative Auswirkungen. Sie schwächt nicht nur das Wirtschaftswachstum, indem sie die Produktivität hemmt, sondern auch die Demokratie, wie bereits Alexis de Tocqueville im 19. Jahrhundert erkannte. Dies zeigt sich auch gut in der von Klientelismus geprägten, illiberalen Demokratie Brasiliens. Sie hat nicht den erhofften sozialen Wandel gebracht. Tatsächlich besteht Ungleichheit in Brasilien fort – sogar in Zeiten demokratischer Konsolidierung und von Wirtschaftswachstum.



Demonstration gegen Rassismus in São Paulo im November 2023.

Mit der Ungleichheit steigt häufig auch die Kriminalität. Weite Teile von Großstädten wie Rio de Janeiro werden faktisch von Drogenbanden und bewaffneten Milizen kontrolliert. Diese Situation gefährdet die Demokratie auf lokaler Ebene. Seit einigen Jahren steigt die Zahl illegaler Goldsucher\*innen, Holzfäller\*innen und Landbesetzer\*innen, die Teil des organisierten Verbrechens sind und zunehmend den Amazonas-Regenwald ins Visier nehmen. Neben den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen wirkt sich der Kolonialismus auch negativ auf die Umwelt Brasiliens aus (siehe Box).

So tief die kolonialen Altlasten auch verwurzelt sein mögen – sie sollten nicht zu

Untätigkeit führen. Vielmehr sollten sie als Chance begriffen werden, die Ursachen für Ungleichheit und Umweltzerstörung in Brasilien besser zu verstehen. Auf dieser Basis lassen sich angemessene politische Agenden entwickeln und umsetzen.

Die Klimakrise in Brasilien verlangt nach sofortigem Handeln, doch sie birgt auch eine Chance: Wirtschaftliche Interessen und überholte Vorstellungen von Fortschritt können hinterfragt werden, um den Weg für gerechtere und nachhaltigere Entwicklungsmodelle freizumachen. Dabei bedeutet „Nachhaltigkeit“ längst nicht nur Umweltschutz. Folgt man der Definition der internationalen Gemeinschaft, umfasst sie auch soziale und wirtschaftliche Dimensionen.

Die Zerstörung des Amazonas wirkt sich unmittelbar auf die Häufigkeit und Intensität von Regenfällen aus und gefährdet dadurch die landwirtschaftliche Produktion in Brasilien. Dürreperioden mindern die Energieproduktion durch Wasserkraft, während Überschwemmungen zu massiven Vertreibungen führen. Noch nie war der Ruf nach einem neuen Entwicklungsparadigma so laut und deutlich wie heute.



**ANDRÉ DE MELLO E SOUZA**  
ist Ökonom am Ipea (Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada), einem staatlichen Thinktank in Brasilien.

Twitter/X: @A\_MelloeSouza

## Kolonialismus und Umweltschutz

Als artenreichstes Land der Erde beherbergt Brasilien unter anderem weite Teile des Amazonas und das weltweit größte Binnenland-Feuchtgebiet, das Pantanal. Das Land strebt seit Langem eine globale Führungsrolle in Umweltfragen an. Jüngst verstärkte die Regierung ihre Bemühungen, die Klimaziele des Pariser Abkommens zu erreichen und die Vorbereitungen auf den Klimagipfel 2025 (COP30) voranzutreiben, der in Belém im Amazonasgebiet stattfinden wird.

Präsident Luiz Inácio Lula da Silva verfolgt in puncto Nachhaltigkeit eine grundlegend andere Linie als sein Vorgänger Jair Bolsonaro. Lula trat mit dem Versprechen an, die Umwelt und die Rechte Indigener zu schützen. Er ernannte erneut Marina Silva zur Umweltministerin und versprach, die Abholzung des Regenwalds bis 2030 zu beenden.

Dennoch sieht sich Brasilien mit den drastischen Folgen des Klimawandels konfrontiert, und die Regierung reagiert dar-

auf offenkundig nicht adäquat. Im Mai verwüsteten schwere Regenfälle Teile des Südstaates Rio Grande do Sul, gefolgt von extremen Dürren und Bränden im Amazonas, im Pantanal und in Bundesstaaten wie Minas Gerais und São Paulo. Forschende warnen eindringlich, dass der Amazonas einen irreversiblen Kipppunkt erreichen könnte, mit gravierenden Folgen für Wirtschaft, Umwelt, Energieversorgung und öffentliche Gesundheit.

### DAS KOLONIALE ERBE DER AUSBEUTUNG

Weshalb fällt Umweltschutz so schwer, obwohl der politische Wille angeblich vorhanden ist? Neben logistischen Herausforderungen und Ressourcenproblemen wirkt auch das koloniale Erbe des Landes fort – wie auch in anderen Bereichen (siehe Haupttext). Die hohen Abholzungsraten im Amazonasgebiet sind auch das Ergebnis kolonialer Pläne zu wirtschaftlicher Ausbeutung und

innerstaatlicher Migration, die soziale Spannungen mit sich brachten. Studien zufolge existieren noch uralte Wälder in Regionen, in denen indigene Bevölkerung lebt und der koloniale Einfluss schwächer war.

Unter jesuitischem Einfluss wurden Waldgebiete mit Kakaobäumen angereichert, und der Kautschukboom veränderte die Verteilung der Baumarten in mehreren Gebieten. In letzter Zeit wurde der Regenwald für Sojaanbau und Viehzucht gerodet. All das hat die Biodiversität des Amazonas und seine CO<sub>2</sub>-Bilanz erheblich beeinträchtigt.

Die Abholzung hängt mit kolonialen Ideen von Modernisierung und Fortschritt zusammen: Das Land sollte für wirtschaftliche Nutzung und Besiedlung erschlossen werden. Historisch wurde dies auch als entscheidend für die territoriale Integrität Brasiliens betrachtet, sowohl während als auch nach der Kolonialzeit. Der Nordwesten des Landes sollte beispielsweise bevölkert werden und prosperieren, um ausländischen Einfluss abzuwehren.

Ressourcengewinnung und landwirtschaftliche sowie infrastrukturelle Entwicklung sind bis heute von einer kolonialen Logik geprägt. Auch wenn sich diese Logik im Laufe der Zeit verändert hat, führte sie stets zu nicht nachhaltigen Praktiken, die sowohl der Umwelt als auch der indigenen Bevölkerung schaden.

Auch heute ist diese Denkweise noch in erheblichem Maße vorhanden, selbst bei jenen, die sich offiziell umweltfreundlich geben. So ließ die linksgerichtete Regierung von Dilma Rousseff einen großen Staudamm im nördlichen Bundesstaat Pará errichten, was heftige Kritik von Umweltschützer\*innen nach sich zog. Die extrem rechte Regierung unter Jair Bolsonaro hingegen versuchte, indigene Völker zu vertreiben, um Landwirtschaft, Bergbau und große Infrastrukturprojekte voranzutreiben. Derzeit dringt Präsident Lula auf eine umstrittene Ölförderung an der Mündung des Amazonas, und der brasilianische Nationalkongress schränkte neulich die Landrechte indigener Gemeinschaften weiter ein. AMS

SÜDASIEN

# Oligarchisches Bündnis von Militär und Grundbesitz

**Pakistan ist seit 77 Jahren unabhängig, aber dennoch prägen Institutionen des British Empire weiterhin Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Ausgeprägte autoritäre Haltungen gehören dazu.**

Von Muhammad Nawfal Saleemi

Wenn Sozialwissenschaftler erklären wollen, weshalb sich Nationen unterschiedlich entwickelt haben, betonen sie gern Institutionen. Definieren lassen diese sich als „soziale Erwartungen“ oder auch als „formale und informelle Regeln“. Es gibt eine große Vielfalt von Institutionen, von der Ehe bis zur Justiz.

Institutionen sind langlebig, denn soziale Erwartungen bestätigen sich oft selbst. Gute wie schlechte Institutionen bleiben beständig. Von Menschen geschaffen, können sie auch von Menschen verändert werden, was in graduellen Reformen etwa des Familienrechts geschehen kann, aber auch durch plötzliche Revolution oder Krieg. Die Kolonisierung von Amerika, Asien und Afrika durch Europäer vom 16. bis zum 19. Jahrhundert hinterließ institutionelle Spuren, die postkoloniale Staaten bis heute prägen.

Indien war wirtschaftlich und politisch die wichtigste Kolonie des British Empire. In ihr spielte Punjab eine besondere Rolle, denn das ehemalige Sikh-Königreich war wirtschaftlich bedeutend und militärisches Rekrutierungsfeld.

Punjab war die letzte große Region, welche die East India Company in Südasien eroberte, und zwar in den beiden Anglo-Sikh-Kriegen von 1846 und 1849. Danach wollten die Briten die Gesellschaft zunächst entmilitarisieren, um jeglichem Widerstand vorzubeugen. Sie änderten ihre Haltung aber bald.

1857 rebellierte nämlich die Bengal Army, die für die East India Company die wichtigen Feldzüge in Nordindien geführt hatte. Aus Sicht der Kolonialmacht war es eine Meuterei, aber Historiker sprechen

heute von einem fehlgeschlagenen frühen Unabhängigkeitskrieg.

Es gelang den Kolonialherren, die Rebellion niederzuschlagen, wofür sie aber Hilfe aus Punjab brauchten. Angesichts des Aufstandes wirkten die Punjabis weniger gefährlich, und die Briten begannen, die ökonomische und militärische Elite der Region zu kooptieren. Diese nutzte die Chance, ihre gesellschaftliche Stellung und ihren Wohlstand neu zu sichern.

Das britische Militär rekrutierte Soldaten jetzt nicht mehr wie zuvor für die in Misskredit gefallene Bengal Army aus den höheren Kasten. Bald schon pries es die kräftigen Körper und das „ehrbare Verhalten“ der Männer aus Punjab. Es hieß, sie

seien als Angehörige „kriegerischer Rassen“ für den Militärdienst besonders geeignet.

Von 1858 bis in die 1880er Jahre wurden ständig mehr Soldaten im Punjab rekrutiert. Die Armee sollte ganz Britisch-Indien sichern und verhindern, dass die Macht des Empire infrage gestellt würde.

Dann erfasste jedoch eine neue Sorge die Briten. Das Zarenreich wurde ehrgeiziger, und was heute Afghanistan ist, wurde umkämpft. Das Kolonialheer sollte nunmehr nicht nur im Reich Stabilität sichern, sondern auch einer möglichen russischen Invasion standhalten können.

Rassistische Vorstellungen vom kriegerischen Naturell wurden noch wichtiger. Besonders schätzten die Briten Muslime aus der Gegend Salt Range, Sikhs aus dem Zentralpunjab und hinduistische Jats aus dem östlichen Punjab.

## MACHT UND GRUNDBESITZ

Punjab war mit hohen Agrarüberschüssen auch ökonomisch bedeutsam. Neue Wasserinfrastruktur erwies sich vor allem für Familien mit großem Landbesitz als wertvoll. Es



Militärzeremonie in Lahore am „Defence Day“ im September 2024.

entstanden Staudämme, Kanäle und Bewässerungsanlagen.

Das Herrschaftssystem war autoritärer Paternalismus. Auf der lokalen Ebene stand der Grundbesitz der Eliten für die Macht des Empires. Im Ersten Weltkrieg wurden noch mehr Punjabis zum Militär eingezogen, um in Europa zu kämpfen. Für die Soldaten und ihre Familien bedeutete das die Aussicht auf Einkommen und Pensionsansprüche. Für die grundbesitzende und militärische Elite war es aber die Chance, ihre Loyalität zu demonstrieren, wofür sie mit Anerkennung und weiteren Ländereien belohnt wurde.

Anderswo in Südasien entstanden nationalistische Bewegungen. Darauf folgten ein paar Reformen mit recht kleinen Schritten in Richtung Demokratie. In geringerem Maß wurde den Regionen Selbstverwaltung zugestanden.

Weil gebildete städtische Schichten besonders deutlich die Unabhängigkeit forderten, wurden Wahlkreise so zugeschnitten, dass Dörfer unverhältnismäßig hohen Einfluss hatten. In Punjab dominierte die loyale Unionist Party. Sie war ein interreligiöses Bündnis von Offizieren mit landbesitzenden muslimischen Sikh- und Hindu-Eliten.

Bis zum Zweiten Weltkrieg funktionierte das System für die Briten gut, aber dann gab eine harte Wirtschaftskrise der Unabhängigkeitsbewegung neuen Auftrieb. Diese spaltete sich allerdings identitätspolitisch, weil sich die Muslim League von der Kongresspartei absetzte.

## TEILUNGSTRAUMA

1947 wurde Britisch-Indien in das überwiegend hinduistische Indien und Pakistan als muslimisches Land aufgespalten. Die beiden wichtigen Regionen Punjab und Bengalen wurden ihrerseits geteilt. Der Westen Punjab wurde zu einem Teil Westpakistans, und Ostbengalen auf der anderen Seite des Subkontinents wurde Ostpakistan.

Laut konservativen Schätzungen starben mehr als eine Million Menschen in den gewalttätigen Auseinandersetzungen, welche die Teilung auslöste. Mehr als 15 Millionen wurden vertrieben. Die scheidende Kolonialmacht hatte nichts, um einen friedlichen Übergang sicherzustellen.

Dass die landwirtschaftlich und militärisch wichtigste Provinz Punjab die schlimmste Brutalität erlebte, war kein Zu-

fall. Seither belastet tiefsitzendes Trauma die ohnehin angespannten Beziehungen zwischen den Nachfolgestaaten des Empires.

Der postkoloniale Staat Pakistan hatte von Anfang an eine Grundbesitzelite, die sich an ihre Allianz mit den Machthabern gewöhnt hatte. Wie zuvor konnte sie auf dieser Basis die Menschen in den Dörfern beherrschen. Rassistische Vorstellungen von



einer besonderen Kämpfernatur wurden weiter gepflegt, wobei nun die indische Bedrohung mit ins Spiel kam. Im Kalten Krieg näherte sich das offiziell blockfreie Indien der Sowjetunion an, sodass Pakistans postkoloniale Elite sich für die USA entschied.

Das Bündnis mit dem Westen führte aber nicht zu substanzieller Demokratisierung. Vielmehr bestand das oligarchische Bündnis von Militär und Grundbesitz fort. Es begrenzte den Einfluss gewählter Politiker – wenn nötig mit Militärputschen. Der Staat gab Militärausgaben die Priorität, Entwicklung blieb zweitrangig.

Die postkoloniale Dominanz des Militärs erwies sich immer wieder als dysfunktional. Besonders offensichtlich wurde das, als die Generäle verhinderten, dass der ostpakistanische Politiker Sheikh Mujibur Rahman Premierminister wurde, obwohl dessen Awami League die Wahlen gewonnen hatte. Nach einem kurzen, blutigen Krieg wurde aus Ostpakistan der souveräne Staat Bangladesch.

Das Militär hatte nicht nur legitime bengalische Anliegen ignoriert, sondern sogar versucht, jegliche Opposition zu zerschlagen. Dass die Niederlage seinen Einfluss in Pakistan nicht minderte, zeigt, wie persistent Institutionen sein können.

Vielfältige soziale Bewegungen haben die Herrschaft der Oligarchie in Pakistan

infrage gestellt, aber nicht beschädigt. Teils beruht seine Stärke auf imperialen Verbindungen. In den 1980er Jahren wurde Pakistan abermals wegen der sowjetischen Besatzung Afghanistans zu einem Frontstaat. Das setzte sich später auch wegen des von den USA proklamierten „globalen Kriegs gegen den Terror“ fort.

Mit einem Teil des hereinströmenden Geldes schuf sich das Militär ein großes Firmenimperium. Es ist heute der wichtigste Akteur in Pakistans Wirtschaft. Das Bündnis mit dem Westen verfestigte so das Kolonialerbe, welches das Militär zur zentralen Macht im Staate hatte werden lassen.

Zeitweilig regierten Militärjuntas Pakistan. Selbst wenn danach die Demokratie offiziell wieder eingeführt wurde, blieben jedoch die Generäle entscheidende Akteure, gegen deren Wünsche keine Politik zu machen war. In Randregionen gab es immer wieder Widerstandsbewegungen, die aber die Dominanz des Militärs kaum beeinträchtigten.

Die Stärke dieses Systems lässt sich daran ablesen, wie es mit Imran Khan, dem derzeit beliebtesten Politiker, umgeht. Er war zwar früher der stärkste Befürworter des Militärs, geriet dann aber als Premierminister von 2018 bis 2022 mit ihm in Konflikt. Das Parlament entthronte ihn, und bei der Wahl in diesem Februar durfte seine Partei nicht antreten. Wegen fadenscheiniger Vorwürfe sitzt er seit über einem Jahr im Gefängnis.

Dennoch waren viele seiner Parteiangehörigen – nominell als „Unabhängige“ – bei der Wahl erfolgreich. Trotz deutlicher Anzeichen von Wahlmanipulationen gewannen sie fast ein Drittel der Stimmen, mehr als jede Partei. Mit 93 von 272 Sitzen im Parlament sind sie nun die Opposition.

Eine Koalition aus vielen Parteien wurde gegen sie geschmiedet. Diese genießt keine breite Unterstützung im Volk, aber vom Militär. Dass Letzteres mehr zählt als Wählerstimmen, ist ein koloniales Erbe und erschwert Pakistans Entwicklung erheblich.



**MUHAMMAD NAWFAL SALEEMI**

ist Dozent für Geschichte und Politik an der geistes- und sozialwissenschaftlichen

Fakultät der Lahore University of Management Sciences.

[muhammad.saleemi@lums.edu.pk](mailto:muhammad.saleemi@lums.edu.pk)





Ein französisch-britisches Heer zerstörte 1860 den Sommerpalast in Peking.

## RAUSCHGIFT

# Der Narcostaat des British Empire

Die Opiumkriege sind in westlichen Ländern mit hohem Einkommen weitgehend vergessen. Den Menschen ist nicht klar, dass die britische East India Company in der Gangesebene einen hochprofitablen, aber ausbeuterischen Narcostaat betrieb, um Opium mit hohem Suchtpotenzial nach China zu exportieren.

Von Hans Dembowski

Die britischen Kolonialherren zwangen bäuerliche Familien, Schlafmohn anzubauen, und kauften die Ernte zu sehr niedrigen Preisen. Sie wurde zu einer innovativen Opiumart, die besonders schnell süchtig machte, verarbeitet und nach China sowie in geringerem Maße Südostasien exportiert wurde. Dieses Drogengeschäft machte das

Empire stark und half, seine Erweiterung zu finanzieren.

In einem neuen Sachbuch erläutert der indische Romanautor Amitav Ghosh, welche Rolle Opium für die Kolonialmacht spielte und welche Auswirkungen das bis heute hat. „Smoke and Ashes“ beruht größtenteils auf den Recherchen, die er für seine Romantrilogie über den Hintergrund und Beginn des ersten Opiumkriegs (1839 bis 1842) anstellte. Er hat aber auch später erschienene historische Studien gelesen und berichtet mit gewissem Stolz, dass in zwei wichtigen Veröffentlichungen seine Romane als Inspiration genannt werden.

Ghosh empört sich zu Recht über den eklatanten Zynismus der Kolonialmacht. Die Briten behaupteten, wegen der starken Nachfrage dort sei es nötig, Opium nach

China zu exportieren. Tatsächlich war Opium dort zuvor kaum gebräuchlich, und die neue, Sucht erzeugende Variante wurde schnell von immer mehr Menschen geraucht. Profiteure beklagten die schwache chinesische Moral, die das möglich mache. Zugleich stellten sie aber sicher, dass ihr Rauschgift im Mutterland nie leicht erhältlich wurde.

In Wirklichkeit schufen britische Handelsunternehmen die Opiumnachfrage in China, die sie dann bedienten. Der Beweis ist, dass die Exporte über lange Zeit rasant zunahmen. Wie Ghosh berichtet, lieferte die East India Company 1729 nur 200 Kisten Opium nach China, 1830 waren es 30 000 Kisten.

Als das chinesische Kaiserreich die Einfuhr untersagte, startete die britische Flotte im Ersten Opiumkrieg und forderte „Freihandel“. China wurde gezwungen, das Rauschgift zu importieren und obendrein Schadensersatz für vor dem Krieg konfiszierte und zerstörte Lieferungen zu leisten. Hongkong wurde zur britischen Kronkolonie im Perlflossdelta und als Handelszentrum ausgebaut. Im Zweiten Opiumkrieg (1856

bis 1860) unterstützten andere europäische Mächte die Briten. Das chinesische Kaiserreich wurde zu einem gescheiterten Staat, in dem Opium ein zentrales Handelsgut war.

## FREIHANDELSRHETORIK MIT MONOPOLISTISCHEM AGIEREN

Das British Empire forderte von China Freihandel, setzte aber in Ostindien ein Opiummonopol durch. Es gab keine Märkte, auf denen bäuerliche Familien gute Preise hätte erzielen können. Die East India Company schuf das Opium-Department als bürokratische Fachabteilung, die von Anbau über Verarbeitung und Ausfuhr alles kontrollierte. Sie war zuständig für ein Gebiet, das heute in den Bundesstaaten Uttar Pradesh, Bihar und Westbengalen liegt.

Das System war so ausbeuterisch, dass die landwirtschaftlichen Familien oft Verlust machten. Folglich, so Ghosh, suchten sie nach Möglichkeiten, einen Teil der Ernte auf dem Schwarzmarkt zu verkaufen. Es drohten harte Strafen. Die Kolonialmacht schuf ein brutales Kontrollsystem, das aber – kaum überraschend – von Korruption befallen war. Es schuf bittere Armut und damit Anreize zu kriminellen Handeln, das in den Augen der Unterdrückten völlig legitim war.

Bihar steht bis heute im Ruf von Rückständigkeit, organisierter Kriminalität und Gewalt. Ghosh zufolge ist das kein Zufall. Auch dass der Marxismus in Kalkutta sehr einflussreich wurde, erklärt er zumindest zum Teil damit, dass der ökonomisch wichtige Opiumhandel in der Kolonialzeit staatlich monopolisiert worden war.

Schlafmohn wurde jedoch auch in einer anderen indischen Region angebaut, und auch dort wurde Opium zur Exportware. Es handelt sich um zentralindische Gebiete, die nicht direkt britischer Herrschaft unterstanden, sondern die nominell von Adelsfamilien regiert wurden. Allerdings war der jeweilige British Resident, der das Empire vertrat, regelmäßig der mächtigste Mann am Hof.

In einigen dieser Gegenden, die heute überwiegend auf dem Gebiet von Madhya Pradesh liegen, expandierte das Drogengeschäft schnell. Die Kolonialmacht sah ein, dass sie ohne eigene Verwaltung ihr Monopol nicht würde durchsetzen können, dass sie aber durch Besteuerung von dem Geschäft ordentlich profitieren konnte. Folglich gediehen auch indische Firmen

mit Opiumgeschäften – von der Landwirtschaft bis hin zu Export und Transport. Ihr Handelszentrum war Bombay, das nach der Unabhängigkeit Indiens schnell zur Wirtschaftsmetropole des Landes wurde. Dass indische Unternehmen derart vom British Empire profitierten, hilft laut Ghosh auch zu verstehen, weshalb die indisch-chinesischen Beziehungen bis heute konfliktbeladen sind.

Der Wachstumsmotor, der Kalkutta, Bombay, Singapur und Hongkong zu Zen-



tren des Welthandels machte, war Opium, wie Ghosh ausführte. Andere westliche Mächte profitierten ihrerseits, wobei Handelshäuser aus den USA sich auf das freihändige Bombay und nicht das monopolistische Kalkutta stützten. Europäische Imperialisten nutzten ihre asiatischen Kolonien.

Für China war der Opiumfluch selbstverständlich katastrophal. Menschen wurden massenhaft süchtig. Traditionelle Werte und bislang starke Institutionen erodierte. Das Vertrauen in staatliche Strukturen schwand ebenso wie das Vertrauen in Familie, Verwandtschaft und Nachbarschaft. Als Schlafmohnanbau auch in China begann, wurde das Rauschgift noch leichter erhältlich. In Europa wurde China „der kranke Mann Asiens“ genannt.

## AUSGELÖSCHTE ERINNERUNG

Chinas Staatsspitze spricht heute von einem Jahrhundert der Demütigung. An dieser Formulierung ist mehr dran, als den meisten Menschen im Westen klar ist. Ghosh führt aus, dass der große Einfluss, den China zuvor gehabt hatte, weitgehend verdrängt wurde. Tatsächlich war das chinesische Kaiserreich ein exemplarischer früherer Nationalstaat mit einer kulturell einheitlichen

Bevölkerung, einer professionellen Verwaltung, einem kohärenten Regierungssystem und höherer Bildung. Vor den Opiumkriegen wurde China dafür in Europa bewundert. Danach verspotteten Kolonialmächte China wegen Korruption und Ineffizienz, von denen sie gleichzeitig profitierten und die zum großen Teil auf ihr eigenes Agieren zurückzuführen waren.

Bezeichnenderweise kopierte die East India Company ein chinesisches Vorbild, als sie begann, Mitarbeiter nach Leistungskriterien in formalisierten Wettbewerben zu rekrutieren. Später tat das auch das Mutterland daheim. Dass heutzutage ehrgeizige junge Menschen in Indien sich unter großem Stress auf die Examen des Indian Administrative Service vorbereiten, geht ursprünglich auf das Vorbild des chinesischen Kaiserreichs zurück.

Auch Tee stammt ursprünglich aus China. Das leicht stimulierende Getränk wurde im England des 18. Jahrhunderts so beliebt, dass die Opiumpolitik nötig wurde. Der Hintergrund war, dass China so reich und so hoch entwickelt war, dass es keinen Bedarf an britischen Gütern hatte, sondern stets Silber als Bezahlung forderte. Als den britischen Handelsunternehmen das wertvolle Metall ausging, entdeckten sie, dass sie China Opium verkaufen konnten. In der Folge gedieh das Empire, aber das Kaiserreich wurde zum gescheiterten Staat.

Geschichte prägt, wie Menschen die Welt sehen. Dass unterschiedliche Nationen unterschiedliche Erinnerungen pflegen und weitergeben, erschwert die wechselseitige Verständigung – und damit die internationale Zusammenarbeit.

## QUELLEN

Amitav Ghosh, 2024: *Smoke and Ashes*.

London: John Murray. Im März 2025 soll bei Matthes und Seitz (Berlin) die deutsche Ausgabe erscheinen.

Ghoshs „Ibis-Trilogie“ besteht aus „Sea of Poppies“ (2008), „River of Smoke“ (2011) und „Flood of Fire“ (2015), auch bei John Murray erschienen. Auf Deutsch gibt es sie als Heyne-Taschenbücher („Das mohnrote Meer“, „Der rauchblaue Fluss“ und „Die Flut des Feuers“).



**HANS DEMBOWSKI**  
ist Chefredakteur von E+Z/  
D+C.

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

Schwere Feuer wüteten in diesem Jahr in Brasilien.

Seite 10



Foto: picture-alliance/NurPhoto/Gustavo Basso